



Konrad
Adenauer
Stiftung

FORUM

EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

AKTIVITÄT IST ANSTECKEND

**SOZIALE UND POLITISCHE PARTIZIPATION
VON DEUTSCHEN MIT UND OHNE
MIGRATIONSHINTERGRUND UND IN
DEUTSCHLAND LEBENDEN AUSLÄNDERN**

SABINE POKORNY

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

AKTIVITÄT IST ANSTECKEND

**SOZIALE UND POLITISCHE PARTIZIPATION
VON DEUTSCHEN MIT UND OHNE
MIGRATIONSHINTERGRUND UND IN
DEUTSCHLAND LEBENDEN AUSLÄNDERN**

SABINE POKORNY

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID53323-1602-1033



Urheberin: Sabine Pokorny

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2016



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: Cornelia Wurm, ZKM / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-180-4

INHALT

5		1. EINLEITUNG
9		2. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE
16		3. SOZIALES ENGAGEMENT
31		4. POLITISCHE PARTIZIPATION
40		5. POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND POLITISCHES WISSEN
45		6. POLITISCHE AGENDA
51		7. SCHLUSSBEMERKUNG
55		DIE AUTORIN
55		ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

1. EINLEITUNG

Etwa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Bevölkerung hat eine Zuwanderungsgeschichte. Diese Menschen sind Teil der deutschen Gesellschaft, teilweise schon seit Jahrzehnten: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller nach Deutschland Zugewanderten beträgt 2014 22,4 Jahre, wobei eingebürgerte Zuwanderer (sprich Deutsche mit Migrationshintergrund, die selbst zugewandert sind) mit 26,5 Jahren durchschnittlich schon länger in Deutschland leben als Ausländer mit 18,9 Jahren¹.

Laut Statistischem Bundesamt setzt sich die Bevölkerung 2014 in Deutschland aus etwa 16,3 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zusammen. Das sind 20,3 Prozent der Bevölkerung. Darunter sind 9,2 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (11,3 Prozent der Bevölkerung) und rund 7,1 Millionen Ausländer² (9 Prozent der Bevölkerung)³. Unter den Migranten sind 3,1 Millionen Menschen als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zugewandert (3,8 Prozent der Bevölkerung)⁴.

Dennoch gibt es relativ wenige Studien über das politische Verhalten und die Einstellungen von Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Es gibt wissenschaftliche Studien, die sich mit Integrationsprozessen von Zuwanderern⁵, mit ihrer Lebenszufriedenheit⁶ oder speziell mit Muslimen in Deutschland⁷ befassen.

Die meisten Studien zu Muslimen sind nicht repräsentativ, sondern verwenden für die Auswahl der Befragten ein onomastisches – also namensbasiertes – Verfahren⁸.

Wüsts⁹ Untersuchungen zum politischen Verhalten basieren zwar auf repräsentativen Umfragedaten, beschränken sich aber auf Migranten, da für Wahlstudien logischerweise keine Ausländer befragt werden¹⁰. Eine Untersuchung zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation von Migranten, die auf repräsentativen Umfragedaten verschiedener Quellen basiert und auch Ausländer miteinbezieht, wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Auftrag gegeben und stammt aus dem Jahr 2012¹¹. Der Analyse-Schwerpunkt liegt allerdings auf den Jahren 2002-2008. Zudem werden Zuwanderer ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den meisten Analysen nicht separat ausgewiesen, sondern Zuwanderer mit und ohne deutschen Pass gemeinsam untersucht.

Des Weiteren gibt es keine repräsentativen Studien über die Einstellungen von Muslimen, obwohl sie einen wachsenden Anteil an unserer Gesellschaft ausmachen. Gesicherte Zahlen bezüglich der in Deutschland lebenden Muslime liegen nicht vor, da Muslime nicht registriert sind. Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2009, die im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz durchgeführt wurde, schätzt aber, dass in Deutschland etwa 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime leben. Das wäre ein Anteil von 4,6 bis 5,3 Prozent an der Bevölkerung. Etwa 45 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime besitzen die deutsche, 55 Prozent verfügen über eine ausländische Staatsangehörigkeit¹².

Um belastbare Aussagen über die soziale und politische Partizipation von Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern treffen und beide Gruppen mit Deutschen ohne Migrationshintergrund vergleichen zu können, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Umfrage unter allen drei Teilgruppen durchgeführt.

- 1| Vgl. Statistisches Bundesamt, 2015, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden, S. 7.*
- 2| *Im Folgenden werden die Begriffe Deutsche mit Migrationshintergrund und Migranten synonym verwendet. Der Begriff Ausländer wird für in Deutschland lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft benutzt. Mit dem Begriff Zuwanderer werden alle Menschen bezeichnet, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie haben (also Migranten der ersten und zweiten Generation sowie Ausländer). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden Deutsche ohne Migrationshintergrund nur als Deutsche bezeichnet – im Gegensatz zu Migranten, auch wenn Letztere natürlich ebenfalls Deutsche sind.*
- 3| Vgl. Statistisches Bundesamt, 2015, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden, S. 38f.*
- 4| Vgl. Statistisches Bundesamt, 2015, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden, S. 7.*
- 5| Vgl. z.B. Silke Hans, 2010, *Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland, Wiesbaden.*
- 6| Vgl. z.B. Sylvia Kämpfer, 2014, *Migration und Lebenszufriedenheit. Eine theoriegeleitete empirische Analyse, Opladen/Berlin/Toronto.*
- 7| Vgl. u.a. Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, 2007, *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, Hamburg; Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg; Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner, 2011, Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin [abgerufen unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge_muslime.html?jsessionid=E3753FD11448D418490818C858070B66.2_cid287?nn=3314802]; Dirk Halm/Martina Sauer, 2015, *Lebenswelten deutscher Muslime, Gütersloh.**
- 8| Vgl. u.a. Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, 2007, *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, Hamburg; Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg; Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner, 2011, Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin [abgerufen unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge_muslime.html?jsessionid=E3753FD11448D418490818C858070B66.2_cid287?nn=3314802]; Dirk Halm/Martina Sauer, 2015, *Lebenswelten deutscher Muslime, Gütersloh.**
- 9| Vgl. Andreas M. Wüst, 2012, *Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, Baden-Baden, S. 157-178; Ders., 2014, Politische Repräsentation von Migranteninteressen, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Sebastian Bukow (Hrsg.), Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft, Baden-Baden, S. 119-136.*

- 10| Studien wie z.B. der Allbus oder der Mikrozensus befragen die Wohnbevölkerung und enthalten daher auch einen (geringen) Anteil an Ausländern.
- 11| Vgl. Stephanie Müssig/Susanne Worbs, 2012, *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland*, Working Paper 46 (aus der Reihe Integrationsreport, Teil 10) der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg.
- 12| Vgl. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*, Nürnberg, S. 80ff.

2. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE

Um für alle drei Teilgruppen eine repräsentative Stichprobe zu erhalten, wurde kein onomastisches Verfahren, sondern eine reine Zufallsauswahl verwendet. Onomastische Stichprobenziehungen sind in der Migrationsforschung weit verbreitet und greifen auf die Erkenntnisse der Namensforschung zurück¹. Dabei wird für jede zu untersuchende Nationalität in der Regel mithilfe eines Namenslexikons eine eigene Namensliste erstellt, die dann mit den Telefonbucheinträgen abgeglichen wird. Diese Methode hat mehrere Nachteile: Erstens können Namen, die in mehreren Sprachen vorkommen, nicht eindeutig einer Nationalität zugeordnet werden. Zweitens können nur Haushalte erfasst werden, die im Telefonbuch verzeichnet sind; nicht eingetragene Haushalte werden bei der Stichprobenziehung nicht berücksichtigt². Drittens müssen Namenslisten für jede Nationalität angelegt werden. Es ist also aus forschungspraktischen Gründen nur möglich, Nationalitäten zu berücksichtigen, die in Deutschland relativ stark vertreten sind. Kleine Minderheiten von Zuwanderern werden in onomastischen Umfragen in der Regel nicht befragt. Die Auswahl kann somit nicht repräsentativ sein für alle in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer. Für einzelne Gruppen kann eine namensbasierte Auswahl aber durchaus Sinn machen. Sollen zum Beispiel ausschließlich in Deutschland lebende Türken befragt werden, kann eine onomastische Stichprobenziehung zielführend sein. Ein vierter Nachteil besteht in der schwierigen Auffindbarkeit von Aussiedlern. Da Aussiedler ihre Namen in deutsche Varianten umwandeln dürfen, sind viele

Aussiedler nicht mehr anhand ihres Namens als solche zu erkennen. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Schlagersängerin Helene Fischer, deren Name keine Aussage über ihre russische Herkunft zulässt. Dafür gibt es inzwischen die Möglichkeit einer sogenannten „toponomastischen“ Stichprobenziehung³, bei der die Stichprobe mithilfe der Staatsangehörigkeiten und des Geburtsortes im Melderegister gezogen werden. Durch die Einbeziehung des Geburtsortes können auch Aussiedler identifiziert werden. Schwierig wird es allerdings für die zweite Generation der Aussiedler: „Die Nachkommen der Aussiedler der ersten Generation sind selbstverständlich nicht an ihrem Geburtsort zu erkennen, der ja definitionsgemäß im Inland liegt“⁴. Zudem sind Verfahren, die die kommunalen Melderegister verwenden, sehr aufwendig und sehr teuer.

Alternativ wäre für Migrantenbefragungen theoretisch eine Stichprobenziehung über das Ausländerzentralregister möglich. Hier sind jedoch weder Aussiedler erfasst noch Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zudem ist es lediglich dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlaubt, auf das Ausländerzentralregister zu Forschungszwecken zuzugreifen⁵.

Da die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Erhebung der in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer (inklusive der Aussiedler) plante, blieb nur eine reine Zufallsauswahl. Diese hat allerdings den Nachteil, dass sie für die Migranten und in noch höherem Maße für die Ausländer mit einem erhöhten Screening-Aufwand verbunden ist. Daher war eine Brutto-Stichprobe von 320.757 Telefonnummern erforderlich, um 3.034 Interviews zu erzielen.

Da besonders jüngere Menschen häufig nicht mehr über einen Festnetz-, sondern nur über einen Mobilfunkanschluss verfügen, wurde ein sogenannter „Dual-Frame-Ansatz“ gewählt. 60 Prozent der Bruttostichprobe wurden über Festnetz ausgewählt, die übrigen 40 Prozent über Mobilfunk.

Vom 8. Januar bis 18. April 2015 hat die USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 3.034 etwa 30-minütige Interviews geführt. Davon entfielen 1.021 Interviews auf Deutsche ohne Migrationshintergrund, 1.004 Interviews wurden mit Migranten geführt und 1.009 Interviews kamen mit in Deutschland lebenden Ausländern zustande. Insgesamt wurden 495 fremdsprachige Interviews geführt (Russisch: 187, Türkisch: 123, Polnisch: 75, Englisch: 70, Italienisch: 40). Die Über-

setzung der Fragebögen in Englisch, Russisch, Türkisch, Polnisch und Italienisch sollte gewährleisten, dass auch Personen mit schlechten Deutschkenntnissen an der Befragung teilnehmen können.

Durch das disproportionale Design weist die Stichprobe einen überdurchschnittlichen Anteil an Zuwanderern auf, weshalb der Datensatz anschließend gewichtet werden musste. Die Gewichtung der Daten erfolgte überwiegend anhand der Publikation „Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus“ des Statistischen Bundesamtes.

Von den 1.004 befragten Migranten sind 28 Prozent in Deutschland geboren. 11 Prozent der Befragten sind in Polen, weitere 19 Prozent in der Russischen Föderation oder der ehemaligen Sowjetunion und 7 Prozent in der Türkei geboren. Drei Viertel der Migranten geben an, ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, während ein Viertel zusätzlich mindestens eine ausländische Staatsangehörigkeit hat. 22 Prozent der Befragten mit doppelter Staatsbürgerschaft besitzen neben der deutschen auch die polnische Staatsangehörigkeit. 19 Prozent sind russische, 12 Prozent türkische Staatsbürger.

Von den 1.009 befragten Ausländern sind 9 Prozent in Deutschland geboren. 15 Prozent geben die Türkei und 8 Prozent Polen als Geburtsland an. 19 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer besitzen die türkische Staatsangehörigkeit. 8 Prozent geben an, einen italienischen und ebenfalls 8 Prozent einen polnischen Pass zu haben.

Absolut wurden 362 Muslime befragt. Nach Gewichtung entspricht das einem Anteil von 4 Prozent an der Gesamt-Stichprobe. Das stimmt ziemlich genau mit dem von Haug et al. geschätzten Anteil an Muslimen in der Bevölkerung überein⁶.

Unter den Deutschen sind 37 Prozent Protestanten, 28 Prozent Katholiken und 32 Prozent Konfessionslose. Bei den Migranten geben 25 Prozent an, evangelisch, 27 Prozent katholisch, 9 Prozent christlich-/griechisch-/russisch-orthodox, 18 Prozent muslimischen Glaubens und 17 Prozent konfessionslos zu sein. Unter den Ausländern finden sich 6 Prozent Protestanten, 26 Prozent Katholiken, 15 Prozent Christlich-/Griechisch-/Russisch-Orthodoxe, 29 Prozent Muslime sowie 16 Prozent Konfessionslose.

Die Gruppe der Muslime teilt sich bei den Migranten in 40 Prozent Sunniten, 17 Prozent Aleviten und 7 Prozent Schiiten. 32 Prozent machen keine Angabe zu ihrer religiösen Ausrichtung und 4 Prozent geben an, keiner bestimmten Gruppe innerhalb des Islam anzugehören.

Bei den Muslimen ohne deutschen Pass fällt der Anteil der Aleviten geringer aus. 47 Prozent der ausländischen Muslime bezeichnen sich als Sunniten, 5 Prozent als Aleviten, 3 Prozent als Schiiten. 37 Prozent machen keine Angabe. 4 Prozent fühlen sich einer anderen Gruppe zugehörig und 3 Prozent gehören keiner bestimmten Gruppe an. Auffällig ist in beiden Gruppen der hohe Anteil von etwa einem Drittel der Muslime, die keine Angabe zu ihrer religiösen Gruppe innerhalb des Islam machen.

In der Studie von Haug et al. liegt der Anteil der Sunniten mit 74,1 Prozent⁷ deutlich über den von uns gemessenen Anteilen. Haug et al. weisen jedoch den Anteil derjenigen, die keine Angabe zu ihrer Glaubenszugehörigkeit machen, nicht aus. Wenn wir diejenigen, die keine Angabe machen, herausrechnen, steigt der Anteil an Sunniten an allen Muslimen (mit und ohne deutschen Pass) auf 69 Prozent und liegt damit nur noch knapp unter dem von Haug et al. gemessenen Wert.

Der hohe Anteil an Muslimen, die keine nähere Angabe zu ihrer Glaubensrichtung machen, deutet darauf hin, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Muslime relativ säkular ist.

Darüber hinaus weist die Stichprobe 4 Prozent (Spät-)Aussiedler auf. Auch das entspricht dem tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung.

Insgesamt haben höher gebildete Befragte überproportional häufig an der Umfrage teilgenommen als Befragte mit geringerem Bildungsabschluss. Das ist in Umfragen nicht ungewöhnlich. Im Politbarometer 2012 wurden ungewichtet 22 Prozent mit Hauptschulabschluss befragt, 37 Prozent mit Realschulabschluss und 41 Prozent mit Abitur oder Fachabitur⁸. Diese Zahlen weichen nur geringfügig von unseren Werten für die deutschen Befragten ab. In anderen Umfragen wird üblicherweise eine Gewichtung vorgenommen, um das Bildungsungleichgewicht auszugleichen. In unserem Falle war eine Gewichtung anhand der Bildung leider nicht möglich, da für die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung keine verlässliche und mit den in Deutschland erreichbaren

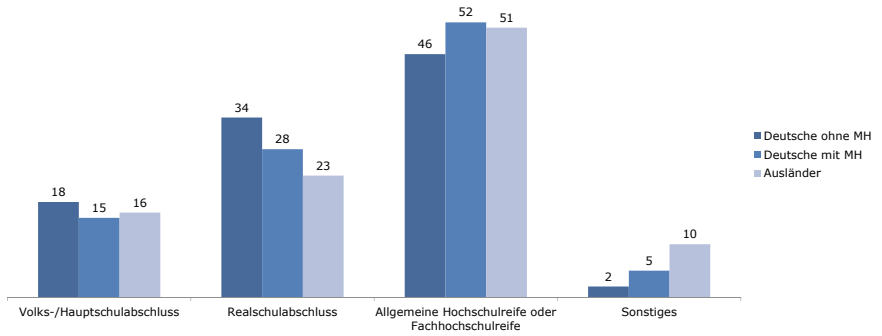
Abschlüssen vergleichbare Datenbasis vorliegt. Daher kann die leichte Verzerrung nicht behoben werden und sollte bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Migranten und Ausländer weisen in unserer Stichprobe ein etwas höheres formales Bildungsniveau auf als Deutsche ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 1, Seite 14). Allerdings sind in der Abbildung Befragte mit Schulabschluss aus dem Primarbereich oder ohne Abschluss nicht enthalten. Zählt man sie zu den Befragten mit Hauptschulabschluss hinzu, erhöht sich der Anteil der formal niedrig gebildeten Migranten auf 19 Prozent und der niedrig gebildeten Ausländer auf 25 Prozent.

Das überraschend hohe Bildungsniveau der Migranten und Ausländer relativiert sich, wenn man nach Herkunftsländern differenziert. Bei den Zuwanderern aus der Türkei geben 42 Prozent an, einen Hauptschulabschluss oder weniger zu besitzen. 26 Prozent der türkischstämmigen Zuwanderer haben einen Realschulabschluss und 28 Prozent das Abitur. Die russisch- und polnischstämmigen Zuwanderer weisen dagegen ein wesentlich höheres Bildungsniveau auf, das über dem Bildungsniveau der deutschen Bevölkerung liegt. Dafür ist nicht nur die höhere Beteiligung von besser gebildeten Befragten an der Umfrage verantwortlich. Russland und Polen weisen tatsächlich formal höhere Bildungsniveaus auf als Deutschland. Laut OECD-Bildungsstudie⁹ haben 50 Prozent der Deutschen, 62 Prozent der Polen und 40 Prozent der Russen als höchsten Bildungsabschluss einen Abschluss im Sekundarbereich II. Zusätzlich weisen etwa ein Viertel der Deutschen, ein Viertel der Polen und die Hälfte der Russen einen Abschluss im Tertiärbereich auf. Damit haben 94 Prozent der russischen Bevölkerung mindestens einen Abschluss im Sekundarbereich II oder höher (Deutschland: 78 Prozent, Polen: 87 Prozent). Daraus ergibt sich, dass auch die in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer aus Polen und Russland ein höheres Bildungsniveau besitzen als die deutsche Bevölkerung.

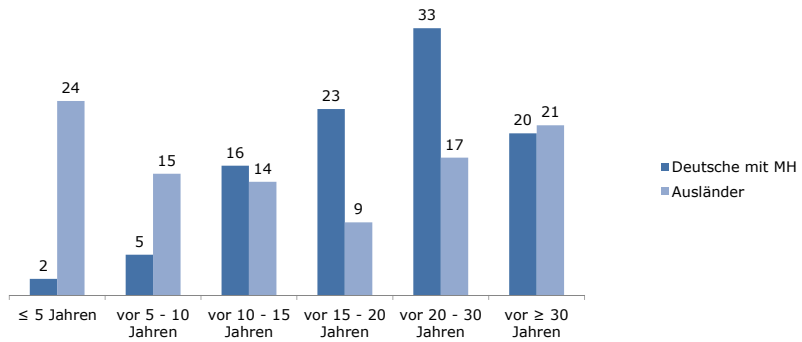
Ein großer Teil der von uns befragten Zuwanderer mit eigener Migrationserfahrung lebt seit über 15 Jahren in Deutschland, wobei Migranten schon deutlich länger in Deutschland sind als die hier lebenden Ausländer. Drei Viertel der Migranten sind seit 15 Jahren oder länger in Deutschland, wohingegen nur knapp die Hälfte der Ausländer seit über 15 Jahren in Deutschland leben. Ein Viertel der Ausländer ist erst seit bis zu fünf Jahren in Deutschland, während nur 2 Prozent der Migranten

Abbildung 1: Bildung



vor fünf Jahren oder weniger zugewandert sind. Das ist wenig erstaunlich, da Zuwanderer seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben müssen, um eingebürgert werden zu können.

Abbildung 2: Vor wieviel Jahren sind Sie (erstmal) auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen?



- 1| Vgl. Andreas Humpert/Klaus Schneiderheinze, 2000, *Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen. Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung*, in: ZUMA-Nachrichten 47, Jg. 24, S. 36-64.
- 2| Vgl. Andreas Humpert/Klaus Schneiderheinze, 2000, *Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen. Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung*, in: ZUMA-Nachrichten 47, Jg. 24, S. 55.
- 3| Vgl. Kurt Salentin, 2007, *Die Aussiedler-Stichprobenziehung*, in: *Methoden – Daten – Analysen*, Jg. 1, Heft 1, S. 25-44.
- 4| Kurt Salentin, 2007, *Die Aussiedler-Stichprobenziehung*, in: *Methoden – Daten – Analysen*, Jg. 1, Heft 1, S. 32.
- 5| Vgl. Christian Babka von Gostomski/Monika Pupeter, 2008, *Zufallsbefragung von Ausländern auf Basis des Ausländerzentralregisters. Erfahrungen bei der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM)*, in: *Methoden – Daten – Analysen*, Jg. 2, Heft 2, S. 153.
- 6| Vgl. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg*, S. 80.
- 7| Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg*, S. 97.
- 8| *Politbarometer 2012, Kumulierter Datensatz inkl. Kurzbarometer (ZA6541); eigene Berechnungen.*
- 9| OECD, 2014, *Bildung auf einen Blick 2014, OECD-Indikatoren*, W. Bertelsmann Verlag, S. 55.

3. SOZIALES ENGAGEMENT¹

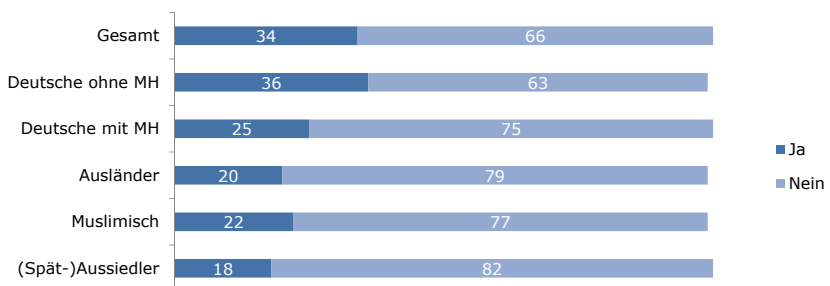
Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen, wären viele Aufgaben nicht zu leisten. Freiwillige leisten wertvolle Arbeit im Gesundheitsbereich, in den Kirchen, in Sportvereinen, im Tier- und Naturschutz, in der Freiwilligen Feuerwehr und in den Parteien, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Bürgerschaftliches Engagement kann aufgeteilt werden in soziale Partizipation und politische Partizipation². Das soziale Engagement unterscheidet sich je nach Alter und Region. In Ostdeutschland ist das freiwillige Engagement niedriger als in Westdeutschland. Allerdings zeigt eine neuere Untersuchung, dass das Engagement unter älteren Jugendlichen in Ostdeutschland sogar höher ist als bei den westdeutschen Jugendlichen in dieser Altersgruppe. Zudem engagieren sich Jugendliche stärker, wenn sie höher gebildet und stärker politisch interessiert sind, altruistische Einstellungen aufweisen, in soziale Netzwerke eingebunden sind und Mitglied einer Kirche oder Gewerkschaft sind³. Des Weiteren engagieren sich Männer in nahezu allen Altersgruppen häufiger als Frauen⁴.

Eine Form des freiwilligen Engagements ist die offizielle und in der Regel kostenpflichtige Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation. In der repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung geben 36 Prozent der Deutschen an, Mitglied in einem gemeinnützigen Verein zu sein. Dieser

Wert ist nahezu identisch mit dem Anteil an Vereinsmitgliedern, den der Freiwilligensurvey 2009 gemessen hat⁵. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die Migranten aus muslimisch geprägten Herkunftsländern untersucht, stellt fest, dass „insgesamt 52 Prozent der Befragten aus einem muslimisch geprägten Land über eine Mitgliedschaft in einem deutschen Verein bzw. einer Organisation [verfügen]“⁶. Unter den Migranten sind in der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung mit 25 Prozent deutlich weniger Befragte Mitglied in einem Verein. Am geringsten ist der Anteil unter den in Deutschland lebenden Ausländern mit 20 Prozent. Auch die Partizipation von Muslimen befindet sich etwa auf diesem Niveau. Damit liegen die Werte deutlich unter dem Niveau, das die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ berichtet. Allerdings muss beachtet werden, dass beide Studien unterschiedlich erhoben wurden und Unterschiede in den Ergebnissen durch die verschiedenen Erhebungsarten verursacht sein können. In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ wurden Muslime ab 16 Jahren befragt, die Konrad-Adenauer-Stiftung hat nur Personen ab 18 Jahren befragt. Zudem wurde in der Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Deutschen Islam Konferenz keine reine Zufallsauswahl verwendet. Stattdessen wurde die Stichprobe „aus dem Telefonbuch nach dem onomastischen (namensbezogenen) Verfahren auf Basis von Namenslisten aus dem Ausländerzentralregister (AZR) für die berücksichtigten Herkunftsländer gezogen“⁷.

Abbildung 3: Sind Sie in Deutschland Mitglied in einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Organisation?



Innerhalb der Migranten und Ausländer gibt es zusätzlich Unterschiede nach Herkunftsland. Türkischstämmige Migranten und Ausländer sind mit 26 und 22 Prozent häufiger Mitglied in einem Verein als russischstämmige Migranten und Ausländer (15 und 13 Prozent) oder polnischstämmige Migranten und Ausländer (19 und 8 Prozent). Die in Deutschland lebenden Polen haben damit im Vergleich mit den anderen Gruppen die niedrigste Beteiligungsrate, während die polnischstämmigen Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit lediglich eine leicht unterdurchschnittliche Beteiligung aufweisen. Auffällig ist, dass der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nur bei Polen einen Unterschied in der Partizipation macht.

Sportvereine sind für Migranten und Ausländer die attraktivste Form des sozialen Engagements. Auch bei Deutschen ohne Migrationshintergrund erfreuen sich Sportvereine großer Beliebtheit. Gewerkschaften/Berufsverbände, Hilfsorganisationen/Wohltätigkeitsverbände und Umwelt-/Tierschutzorganisationen scheinen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dagegen weniger attraktiv zu sein als für Deutsche.

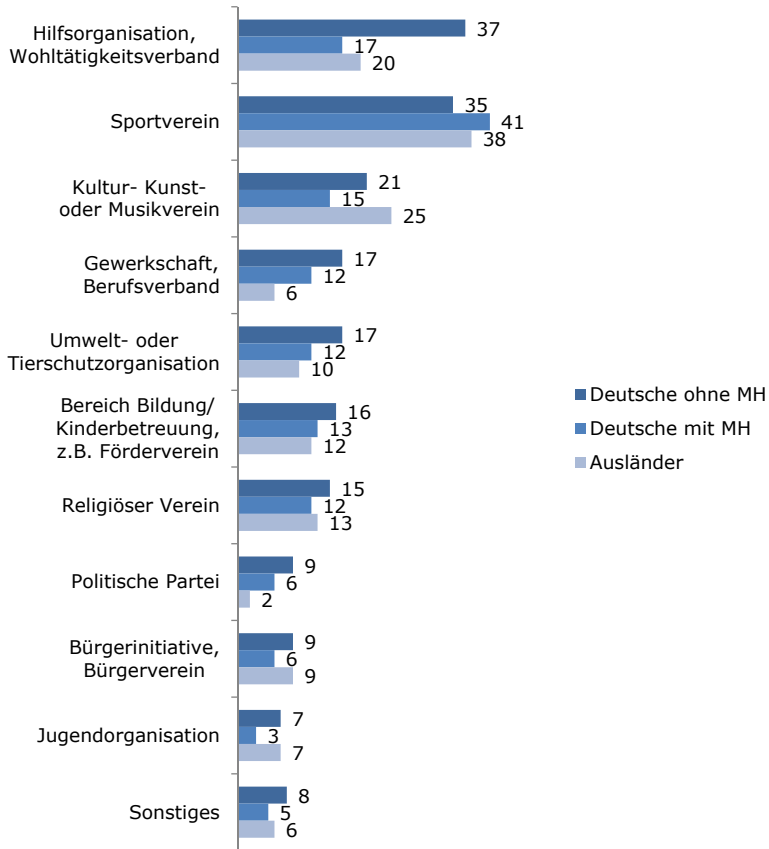
Von den Befragten, die eine Vereinsmitgliedschaft angeben, sind Deutsche mit 37 Prozent am häufigsten Mitglied in einer Hilfsorganisation/Wohltätigkeitsverband. Nahezu gleich hoch ist der Anteil an Mitgliedern eines Sportvereins. Damit sind dies die beiden beliebtesten Vereinsarten der Deutschen. Etwa ein Fünftel der engagierten Deutschen ohne Migrationshintergrund berichtet eine Mitgliedschaft in einem Kultur-/Kunst-/Musikverein, während je 17 Prozent Mitglied in einer Gewerkschaft/Berufsverband oder in einer Umwelt-/Tierschutzorganisation sind. Etwa gleich viele deutsche Vereinsmitglieder engagieren sich im Bereich Bildung/Kinderbetreuung oder sind in einem religiösen Verein Mitglied. Ein knappes Zehntel der engagierten Deutschen ist Mitglied in einer politischen Partei oder in einer Bürgerinitiative/Bürgerverein, 7 Prozent in einer Jugendorganisation und 8 Prozent in einem sonstigen Verein. Diese Zahlen beziehen sich nur auf diejenigen, die eine Vereinsmitgliedschaft angegeben haben. Der Anteil der Vereinsmitglieder an der Gesamtbevölkerung ist entsprechend geringer⁸. Im Freiwilligen-survey⁹ sind die Werte ebenfalls niedriger¹⁰. Das liegt daran, dass im Freiwilligen-survey die Anteile an der Gesamtbevölkerung und nicht an den Vereinsmitgliedern ausgegeben werden. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung unterscheiden sich die Anteile der verschiedenen Vereinsarten kaum zwischen dieser Befragung und dem Freiwilligen-survey.

Bei den Migranten verteilt sich die Mitgliedschaft etwas anders auf die Vereine als bei den Deutschen. Mit 41 Prozent ist der Sportverein die mit Abstand beliebteste Vereinsart bei den engagierten Migranten, erst gefolgt von Hilfsorganisationen mit 17 Prozent und Kultur-/Kunst-/Musikvereinen mit 15 Prozent. Ähnlich viele engagieren sich im Bereich Bildung/Kinderbetreuung. Etwa jeder Zehnte der engagierten Migranten ist Mitglied in einer Gewerkschaft/Berufsverband oder in einem religiösen Verein. Einer politischen Partei gehören 6 Prozent der engagierten Migranten an – bezogen auf die Gesamtheit der Migranten handelt es sich lediglich um 1 Prozent. Ebenfalls 6 Prozent der Migranten, die eine Mitgliedschaft angeben, beteiligen sich in einer Bürgerinitiative, 3 Prozent in einer Jugendorganisation und 5 Prozent in einem sonstigen Verein.

Auch bei den Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die Mitglied in einem Verein sind, liegt der Sportverein mit 38 Prozent vorne. Ein Viertel der engagierten Ausländer ist Mitglied in einem Kultur-/Kunst-/Musikverein, der damit bei Ausländern beliebter ist als bei Migranten. Die Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation/Wohltätigkeitsverband liegt erst auf Platz 3 mit 20 Prozent. 13 Prozent der engagierten Ausländer sind in Deutschland Mitglied in einem religiösen Verein, etwa genauso viele bringen sich im Bereich Bildung/Kinderbetreuung ein. Ein Zehntel der engagierten Ausländer gehören einer Umwelt-/Tierschutzorganisation oder einer Bürgerinitiative an und 7 Prozent einer Jugendorganisation. Der verhältnismäßig hohe Anteil an Mitgliedern in einer Bürgerinitiative erklärt sich durch die Basis der Anteilsberechnung. Wenn man nicht den Anteil an ausländischen Vereinsmitgliedern, sondern den Anteil an allen Ausländern berechnet, sind lediglich knapp 2 Prozent der Ausländer Mitglied in einer Bürgerinitiative. Mit nur 6 Prozent sind weniger Ausländer als Migranten Mitglied in einer Gewerkschaft. Auch in Parteien sind lediglich 2 Prozent der ausländischen Vereinsmitglieder organisiert. 6 Prozent der engagierten Ausländer geben an, in einem sonstigen Verein Mitglied zu sein (siehe Abbildung 4, Seite 20).

Bezogen auf die formale Mitgliedschaft in einem Verein zeigen sich für Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit die bekannten Einflussfaktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und politisches Interesse. Bei Ausländern sind diese Effekte schwach bis gar nicht vorhanden. Die Mitgliedschaft in einem gemeinnützigen Verein scheint in dieser Gruppe anderen Erklärungsmustern zu folgen, die es noch zu erforschen gilt.

Abbildung 4: In welchen der folgenden Vereine oder Organisationen sind Sie in Deutschland Mitglied?



Über alle Befragten hinweg nimmt die Häufigkeit der Vereinsmitgliedschaft mit steigendem Alter zu. Die meisten Mitglieder befinden sich in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre. Ab 65 Jahre wird eine Vereinsmitgliedschaft wieder etwas seltener. Die wenigsten Mitglieder finden sich aber bei den unter 35-Jährigen. Männer sind mit 39 Prozent häufiger Mitglied in einem Verein als Frauen mit 30 Prozent.

Zudem steigt die Zahl der Mitglieder mit höheren formalen Bildungsabschlüssen. Unter den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss ist etwa ein Viertel Mitglied in einem Verein. Bei den Befragten mit Mittlerer Reife finden sich 30 Prozent Vereinsmitglieder, während unter den Abiturienten sogar 41 Prozent angeben, einem Verein anzugehören.

Auch das politische Interesse wirkt sich auf die Mitgliedschaft in einem Verein aus. 40 Prozent der sehr oder ziemlich stark politisch Interessierten ist Mitglied in einem Verein, wohingegen das nur auf 30 Prozent der mittelmäßig Interessierten und 27 Prozent der weniger oder überhaupt nicht Interessierten zutrifft.

Des Weiteren sind bekennende Nichtwähler unterdurchschnittlich häufig Mitglied in einem gemeinnützigen Verein. Lediglich gut ein Fünftel der Nichtwähler ist Vereinsmitglied.

Diese Muster finden sich ebenfalls, wenn man nur die Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund betrachtet.

Bei den Migranten fallen die Altersunterschiede etwas geringer aus. Die 35- bis 44-Jährigen weisen mit 30 Prozent das höchste Beteiligungsniveau auf, während sich bei den über 65-Jährigen nur 20 Prozent in einem Verein engagieren. Die jüngeren Altersgruppen weisen dagegen eine für Migranten durchschnittliche Beteiligung auf. Auch unter den Migranten sind Männer häufiger Vereinsmitglied als Frauen. Ähnlich wie bei den Deutschen gibt es einen Bildungseffekt, der jedoch weniger stark ausgeprägt ist. Unter den Migranten mit Volks- oder Hauptschulabschluss gehören 16 Prozent einem Verein an. Unter den Migranten mit Mittlerer Reife oder Abitur finden sich je ein gutes Viertel Vereinsmitglieder. Das politische Interesse hingegen wirkt sich bei den Migranten ebenfalls deutlich auf die Mitgliedschaft in einem Verein aus: Mit steigendem politischem Interesse nimmt der Anteil an Vereinsmitgliedern zu.

Unter den Ausländern gibt es zwar teils deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen in der Vereinsmitgliedschaft. Es lässt sich jedoch kein klares Muster erkennen. Im Gegensatz zu den Deutschen und Migranten zeigt sich auch keine Geschlechterdifferenz. Ausländische Männer und Frauen sind etwa gleich häufig Mitglied in einem Verein. Auch der Bildungseffekt ist schwächer ausgeprägt. Unter den Ausländern mit Volks- oder Hauptschulabschluss oder mit Mittlerer Reife finden sich 15 bzw.

16 Prozent Vereinsmitglieder. Von den befragten Ausländern mit Abitur geben 23 Prozent an, einem Verein anzugehören. Des Weiteren ist der Einfluss des politischen Interesses nur gering. Sehr oder ziemlich stark interessierte Ausländer sind zu 23 Prozent Vereinsmitglied, während das für 21 Prozent der Ausländer mit mittelmäßigem politischem Interesse gilt und für 17 Prozent mit weniger oder überhaupt keinem Interesse.

Im Gegensatz zur Mitgliedschaft in einem deutschen Verein spielt die Mitgliedschaft in einem Verein im Ursprungsland der Migranten und Ausländer so gut wie keine Rolle. Lediglich 3 Prozent der Migranten und 7 Prozent der Ausländer geben an, in ihrem Herkunftsland Mitglied in einem Verein zu sein.

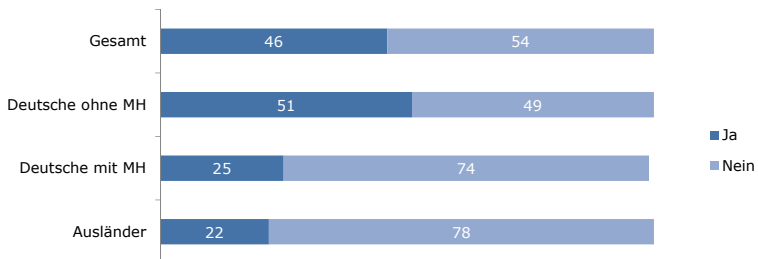
Fragt man hingegen nicht nach der formalen Mitgliedschaft in einem Verein, sondern danach, ob jemand ehrenamtlich aktiv ist, erhält man deutlich höhere Partizipationsraten. Die Hälfte der Bevölkerung engagiert sich in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Die Zahlen des Freiwilligensurveys sind in diesem Fall schwer vergleichbar, da der Freiwilligensurvey neben der formalen Mitgliedschaft zwischen öffentlicher Aktivität (die mit der auch hier verwendeten Frage erhoben wird) und freiwilligem Engagement unterscheidet. Freiwilliges Engagement bedeutet im Freiwilligensurvey allerdings die konkrete Übernahme eines Amtes oder einer festen Aufgabe¹¹. Das wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht erhoben. Im Freiwilligensurvey 2009 gelten 36 Prozent der Befragten als freiwillig engagiert und weitere 35 Prozent als öffentlich aktiv. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Wert dieser Studie von 46 Prozent (Gesamtbevölkerung). Dabei handelt es sich aber um diejenigen die „nur“ öffentlich aktiv sind und nicht zusätzlich freiwillig engagiert. Das ist in der vorliegenden Umfrage anders. Sie gibt keine Auskunft darüber, ob die öffentlich Aktiven auch ein Amt übernommen haben oder nicht. Wenn man davon ausgeht, dass freiwillig Engagierte automatisch auch öffentlich aktiv sind (umgekehrt gilt dies natürlich nicht), dann weist der Freiwilligensurvey insgesamt eine Quote an Aktiven von 71 Prozent für 2009 aus¹². Verglichen damit misst diese Studie ein eher geringes soziales Engagement. Da die Zahlen jedoch, wie dargestellt, nicht vollkommen vergleichbar sind, ist eine Erklärung der Unterschiede nicht zielführend¹³.

Unter allen befragten Gruppen sind die Deutschen besonders aktiv. Jeder zweite Deutsche gibt an, öffentlich aktiv zu sein. Besonders hoch ist das Engagement unter den 18- bis 24-Jährigen. Danach sinkt das Partizipationsniveau ab, so dass sich in der folgenden Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren am wenigsten Engagement findet. Ab 35 Jahren stabilisiert sich das Aktivitätsniveau wieder.

Ähnlich wie bei der formalen Mitgliedschaft steigt auch die Aktivität der Deutschen mit höherer formaler Bildung, stärkerem politischen Interesse und mit der Bereitschaft, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Dagegen zeigen Konfessionslose ein niedrigeres Engagement als konfessionell gebundene Deutsche. Männer und Frauen unterscheiden sich jedoch nicht in ihrem Aktivitätsniveau.

Bei Migranten und Ausländern besteht im Gegensatz zu Deutschen kein Unterschied zwischen dem Ausmaß der rein formalen Vereinsmitgliedschaft und dem freiwilligen aktiven Engagement jenseits einer Mitgliedschaft. 25 Prozent der Migranten und 22 Prozent der Ausländer sind außerhalb von Beruf und Familie aktiv. Besonders niedrig ist das Aktivitätsniveau unter russischstämmigen (12 Prozent) und polnischstämmigen Ausländern (8 Prozent).

Abbildung 5: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Sind Sie (in Deutschland) in einem oder mehreren solcher Bereiche aktiv?



Bezüglich des Einflusses von Bildung und politischem Interesse zeigen sich bei Migranten ähnliche Muster wie bei Deutschen. Beim Alter sieht es etwas anders aus. Die aktivste Gruppe sind Migranten zwischen 35 und 44 Jahren. Dagegen engagieren sich die wenigsten Migranten unter den über 65-Jährigen. Zusätzlich engagieren sich muslimische Migranten leicht unterdurchschnittlich.

Unter den ausländischen Befragten sind Katholiken unterdurchschnittlich aktiv, wohingegen ausländische Protestanten und Muslime überdurchschnittlich engagiert sind. Das niedrige Partizipationsniveau der katholischen Ausländer liegt vermutlich an der schon berichteten starken Zurückhaltung der in Deutschland lebenden Russen und Polen.

Das politische Interesse und die formale Bildung wirken sich bei Ausländern ähnlich aus wie bei Deutschen. Beim Alter zeigt sich kein klares Muster. Die höchste Aktivität findet sich bei den 18- bis 25-jährigen sowie den 45- bis 54-jährigen Ausländern. Die 25- bis 34-Jährigen und die über 65-Jährigen zeigen das geringste Engagement.

Analog zur Mitgliedschaft ist auch bei der Aktivität in allen drei Gruppen der Bereich Sport und Bewegung am beliebtesten. Das ist bei Zuwanderern besonders ausgeprägt¹⁴: Fast die Hälfte der aktiven Migranten und Ausländer sind im sportlichen Bereich aktiv. Bei Deutschen geben 40 Prozent an, im sportlichen Bereich aktiv zu sein. Ein Viertel der Deutschen ist im sozialen Bereich aktiv. Damit sind Deutsche geringfügig öfter im sozialen Bereich aktiv als Migranten und Ausländer. Im Bereich Kultur und Musik liegen Ausländer mit ihrem Engagement knapp vor Deutschen und Migranten, während Deutsche häufiger im Bereich Freizeit und Geselligkeit aktiv sind als Migranten und Ausländer. Im kirchlichen oder religiösen Bereich unterscheidet sich das Aktivitätsniveau nur minimal zwischen den drei Gruppen. In der außerschulischen Jugendarbeit oder der Bildungsarbeit für Erwachsene sind Deutsche und Migranten etwas häufiger aktiv als Ausländer. Ähnlich verhält es sich im Bereich Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz, wobei hier die Unterschiede zwischen den drei Gruppen noch geringer ausfallen.

Im Bereich Politik und politische Interessenvertretung ist etwa jeder zehnte Deutsche aktiv. Das ist eine vergleichsweise hohe Engagementquote für diesen Bereich. Laut Freiwilligensurvey waren 2009 6 Prozent der Bevölkerung im politischen Bereich aktiv. Da es in der vorliegenden

Umfrage nicht nur um Engagement, sondern auch um verschiedene politische Themen ging, ist es durchaus wahrscheinlich, dass es durch soziale Erwünschtheit zu einem leichten Overreporting gekommen ist.

Bei Migranten und Ausländern spielt der politische Bereich nur eine untergeordnete Rolle. Im Bereich Schule oder Kindergarten sind Migranten hingegen häufiger engagiert als Deutsche oder Ausländer.

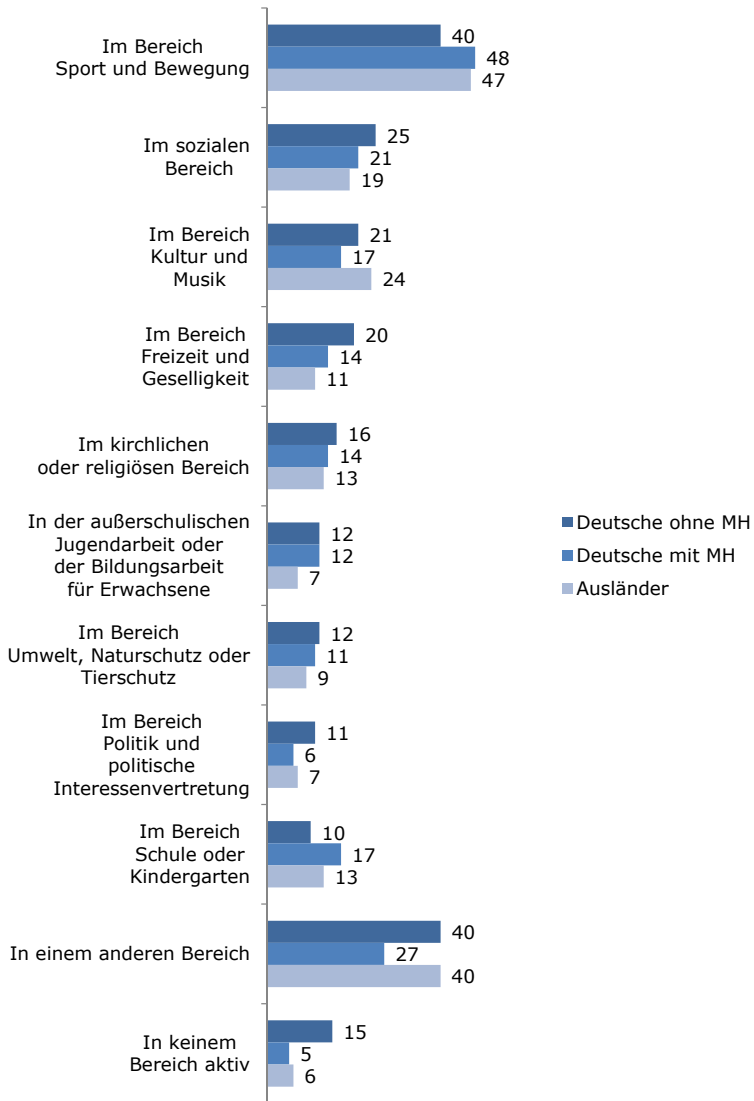
Zusätzlich sind 40 Prozent der Deutschen, 27 Prozent der Migranten und ebenfalls 40 Prozent der Ausländer in einem anderen als den bisher genannten Bereichen aktiv. Auf die einzelnen Bereiche fallen jedoch nur wenige Nennungen im einstelligen Prozentbereich, so dass sie in der Sammelkategorie „anderer Bereich“ zusammengefasst wurden (siehe Abbildung 6, Seite 26).

Im Großen und Ganzen weichen die Beteiligungsdaten der vorliegenden Studie nur geringfügig von der Aktivität ab, die der Freiwilligensurvey 2009 gemessen hat. Neben dem schon erwähnten politischen Bereich, in dem eine leicht höhere Beteiligung gemessen wird, stellt diese Studie auch eine etwas höhere Beteiligung im sozialen Bereich fest. Das könnte allerdings daran liegen, dass die Zahlen des Freiwilligensurveys aus dem Jahr 2009 stammen. Seit 1999 zeigt sich ein leichter Anstieg der Aktivität im sozialen Bereich¹⁵. Möglicherweise ist es in den letzten sechs Jahren zu einem weiteren Anstieg gekommen. Das wird sich klären lassen, sobald der Bericht des Freiwilligensurveys 2014 vorliegt.

In einem Ausländerbeirat oder Integrationsrat sind lediglich 6 Prozent der Ausländer und 1 Prozent der Migranten aktiv. Auch in einem Verein zur Pflege von Kultur und Tradition im Ursprungsland engagieren sich nur 9 Prozent der Ausländer und 2 Prozent der Migranten. Auffällig ist bei beidem das etwas höhere Engagement der Ausländer. Offensichtlich ist die Staatsangehörigkeit von Bedeutung für die Entscheidung, sich in einem Ausländerbeirat oder einem Kulturverein des Ursprungslandes zu engagieren, auch wenn die Beteiligung in beiden Gruppen sehr niedrig ausfällt.

Wer aktiv ist, scheint das auch dauerhaft zu sein: Die Mehrheit der ehrenamtlich aktiven Deutschen hat ihr Engagement schon vor mehr als zehn Jahren übernommen. 39 Prozent engagieren sich sogar schon seit über 20 Jahren.

Abbildung 6: Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich (in Deutschland) in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv beteiligen.



Bei Migranten und noch deutlicher bei Ausländern fällt das langfristige Engagement seit über zehn Jahren geringer aus. Die Hälfte der Migranten engagiert sich seit bis zu zehn Jahren, ein Viertel seit zehn bis 20 Jahren und ein Fünftel seit über 20 Jahren. In der Gruppe der Ausländer ist das langfristige Engagement über zehn Jahre noch seltener. 57 Prozent der Ausländer sind seit bis zu zehn Jahren ehrenamtlich aktiv, während sich ein Fünftel seit zehn bis 20 Jahren und ein Zehntel seit über 20 Jahren freiwillig engagiert. Wenig überraschend korreliert bei Migranten und Ausländern die Dauer der Aktivität stark mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland.

Interessant ist nicht nur, wer wo wie lange engagiert ist, sondern auch, wie es zur Aufnahme des Engagements kam. Soziales Engagement wird in Teilen der Forschung als eine Art unbezahlter Arbeit angesehen, für deren Aufnahme neben Werthaltungen vor allem auch die verfügbare Zeit eine herausgehobene Rolle spielt¹⁶. Eine neuere Studie kann jedoch zeigen, dass Zeitrestriktionen zumindest bei Jugendlichen keinen Einfluss darauf haben, ob sie ein Engagement aufnehmen oder nicht¹⁷. Die Studie schlägt daher einen anderen theoretischen Ansatz vor: Freizeit müsse sinnvoll gefüllt werden und freiwilliges Engagement sei eine Freizeitaktivität und konkurriere daher mit anderen Freizeitangeboten. Wie kommt es nun dazu, dass eine Person sich in ihrer Freizeit für soziales Engagement und gegen andere Aktivitäten entscheidet? Man geht davon aus, dass drei Dinge als Auslöser für die Aufnahme eines Engagements in Frage kommen: Erstens könne es auslösende Ereignisse geben, die z.B. zu einer Änderung der Lebenssituation führten, wodurch wieder Zeit zur Verfügung stehe, die gefüllt werden müsse. Zweitens müsse freie, nicht verplante Zeit zur Verfügung stehen. Und drittens führe eine soziale Verpflichtung zu einem sozialen Engagement. Für letzteres seien soziale Netzwerke besonders wichtig. Die „konkrete Aufforderung von anderen“ besitze eine hohe Verbindlichkeit und erschwere eine Ablehnung¹⁸. Auch empirisch bestätigt sich für Jugendliche der Einfluss des Freundes- und Bekanntenkreises auf die Wahrscheinlichkeit, sich freiwillig zu engagieren¹⁹.

Gefragt, woher der Anstoß kam, die ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, gibt in der Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung knapp die Hälfte der aktiven Deutschen an, sich von selbst engagiert zu haben²⁰.

Von den Migranten sagen das 43 Prozent und von den Ausländern 29 Prozent. Ausländer übernehmen somit wesentlich seltener aus eigenem Antrieb ein freiwilliges Engagement als Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

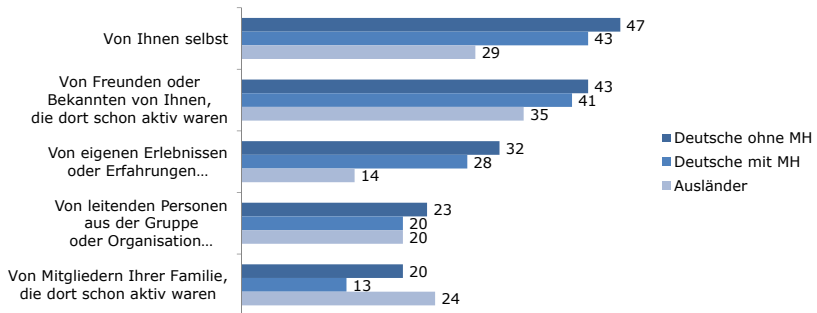
In allen drei Gruppen kommt zu einem hohen Anteil der Anstoß von Freunden oder Bekannten, die schon aktiv waren oder sind. Unter Ausländern ist auch dieser Anstoß etwas geringer verbreitet. Zudem wird in allen drei Gruppen ein nicht unwesentlicher Teil durch leitende Personen aus der Gruppe oder der Organisation, in der der Befragte tätig ist, rekrutiert. Jeweils etwa ein Fünftel der Deutschen, Migranten und Ausländer wurde durch leitende Personen zur Aktivität animiert. Die Rekrutierung durch Familienmitglieder ist bei engagierten Ausländern etwas häufiger als bei Deutschen oder Migranten.

Insgesamt werden folglich 86 Prozent der Deutschen, 74 Prozent der Migranten und 79 Prozent der Ausländer über soziale Netzwerke (Freunde, Bekannte, Familie etc.) zu einer freiwilligen Tätigkeit bewegt. Damit bestätigen unsere Befunde die Ergebnisse früherer Studien, dass die Aufforderung durch Dritte ein besonders relevanter Auslöser für die Aufnahme eines freiwilligen Engagements darstellt.

Wenn man von der Dreiteilung eigener Antrieb, soziale Netzwerke und auslösendes Ereignis ausgeht, spielt letzteres die geringste Rolle. 32 Prozent der Deutschen und 28 Prozent der Migranten sagen, eigene Erlebnisse oder Erfahrungen hätten sie zu ihrem Engagement bewogen. Das trifft nur auf 14 Prozent der aktiven Ausländer zu.

Wichtige Themen und Inhalte stellen eine nachgeordnete Motivgruppe dar. Nur ein knappes Fünftel der Deutschen und Migranten und ein Zehntel der Ausländer gibt wichtige Themen als Motiv für die Aufnahme einer Aktivität an. Alle weiteren abgefragten Auslöser für ein Engagement liegen im einstelligen Prozentbereich und spielen damit keine nennenswerte Rolle²¹.

Abbildung 7: Wo kam für Sie damals der Anstoß her, die Tätigkeit zu übernehmen?



- 1| *Das soziale Engagement wurde mit den folgenden Fragen erhoben: 1. Sind Sie in Deutschland Mitglied in einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Organisation? 2. In welchen der folgenden Vereine oder Organisationen sind Sie Mitglied? 3. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Sind Sie in Deutschland in einem oder mehreren solcher Bereiche aktiv? 4. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in Deutschland in einem oder mehreren der folgenden Bereiche aktiv beteiligen. Sind Sie irgendwo aktiv im Bereich...*
- 2| *Vgl. Markus Steinbrecher, 2009, Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden, S. 29.*
- 3| *Vgl. Jochen Roose, 2015, Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig. Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland, OBS-Arbeitspapier 15, Frankfurt am Main, S. 15.*
- 4| *Vgl. Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligen-survey 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 19.*
- 5| *Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligen-survey 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 54; im Freiwilligen-survey sind auch Migranten enthalten. Über die Gesamtstichprobe hinweg sind in unserer Erhebung 34 Prozent Vereinsmitglied.*
- 6| *Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg, S. 256.*
- 7| *Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, 2009, Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg, S. 40.*

- 8| *Bezogen auf alle Deutschen ohne Migrationshintergrund verteilen sich die Mitgliedschaften wie folgt: Hilfsorganisation/Wohltätigkeitsverband 13 Prozent, Sportverein 13 Prozent, Kultur-/Kunst-/Musikverein 8 Prozent, Gewerkschaft/Berufsverband 6 Prozent, Umwelt-/Tierschutzorganisation 6 Prozent, Bereich Bildung/Kinderbetreuung 6 Prozent, Religiöser Verein 5 Prozent, Politische Partei 3 Prozent, Bürgerinitiative/Bürgerverein 3 Prozent, Jugendorganisation 3 Prozent, Sonstiges 3 Prozent.*
- 9| *Der Bericht zum Freiwilligensurvey 2014 lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation leider noch nicht vor, so dass sich die Vergleiche auf den Freiwilligensurvey 2009 beziehen.*
- 10| *Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 54*
- 11| *Vgl. Thomas Gensicke, 2010, Monitor Engagement, Ausgabe Nr. 2, Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, Kurzbereich des 3. Freiwilligensurveys, S. 11.*
- 12| *Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 6.*
- 13| *Da in unserer Studie nicht unterschieden wurde zwischen öffentlich Aktiven und freiwillig Engagierten, werden wir auch im Folgenden für die Analyse unserer Ergebnisse beide Begriffe synonym verwenden.*
- 14| *Alle folgenden Zahlen zu den Bereichen der Aktivität beziehen sich nicht auf die Gesamtheit der Gruppen, sondern nur auf diejenigen, die angaben, in mindestens einem Bereich aktiv zu sein.*
- 15| *Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 70.*
- 16| *Vgl. u.a. Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 104ff.; Jochen Roose, unter Mitarbeit von Franziska Scholl, 2015, Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten, ipb working paper, Berlin, S. 10ff.*
- 17| *Jochen Roose, unter Mitarbeit von Franziska Scholl, 2015, Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten, ipb working paper, Berlin, S. 22.*
- 18| *Jochen Roose, unter Mitarbeit von Franziska Scholl, 2015, Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten, ipb working paper, Berlin, S. 13ff.*
- 19| *Jochen Roose, unter Mitarbeit von Franziska Scholl, 2015, Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten, ipb working paper, Berlin, S. 22 und 28.*
- 20| *Es waren Mehrfachnennungen möglich, weshalb die Summe mehr als 100 Prozent beträgt.*
- 21| *Dabei handelt es sich um folgende Antwortkategorien: von einer Informations- und Kontaktstelle; von Hinweisen aus der Presse, dem Rundfunk oder dem Fernsehen; von politischen Vorbildern; durch Schule/Lehrer; Informationsveranstaltung; durch Arbeitgeber/Kollegen; durch Flyer/Anschreiben; von der Kirche.*

4. POLITISCHE PARTIZIPATION

Neben der sozialen Partizipation spielt in einer Demokratie die politische Beteiligung der Bürger eine herausgehobene Rolle. Zumal sich die politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Wahlen, Unterschriftenaktionen, öffentlichen Diskussionen und Boykotten auch positiv auf ihr soziales Engagement auswirkt¹. Zusätzlich zur Beteiligung an Wahlen sind auch nicht-elektorale Partizipationsformen von Bedeutung, wobei beides wiederum miteinander korreliert². Wähler neigen stärker zur Nutzung nicht-elektoraler Beteiligungsformen, vor allem bei gewaltlosen Aktivitäten. „Für die gewaltsamen Aktivitäten gibt es jedoch Hinweise, daß Nichtwähler eher bereit sind als Wähler, diese in ihr Aktionsrepertoire aufzunehmen“³.

Gerade für Ausländer, die in Deutschland nicht oder nur eingeschränkt wählen dürfen, stellen andere – gewaltlose – Formen der Beteiligung eine wichtige Möglichkeit dar, sich politisch einzubringen. Eine Option unter vielen ist die Mitgliedschaft in einer Partei. Der Anteil von Parteimitgliedern ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit doppelter Staatsbürgerschaft ist allerdings sehr gering. In allen Parteien liegt der Anteil von Parteimitgliedern ohne deutsche Staatsbürgerschaft 2009 bei 1 Prozent oder weniger (CDU: 0,3 Prozent, SPD: 0,7 Prozent, FDP: 0,6 Prozent, Grüne: 1,0 Prozent, Linke: 0,8 Prozent), während Parteimitglieder mit doppelter Staatsbürgerschaft maximal 1,5 Prozent der Parteimitglieder ausmachen (CDU: 0,1 Prozent, SPD: 0,9 Prozent, FDP: 1,2 Prozent, Grüne: 1,5 Prozent, Linke: 1,1 Prozent)⁴.

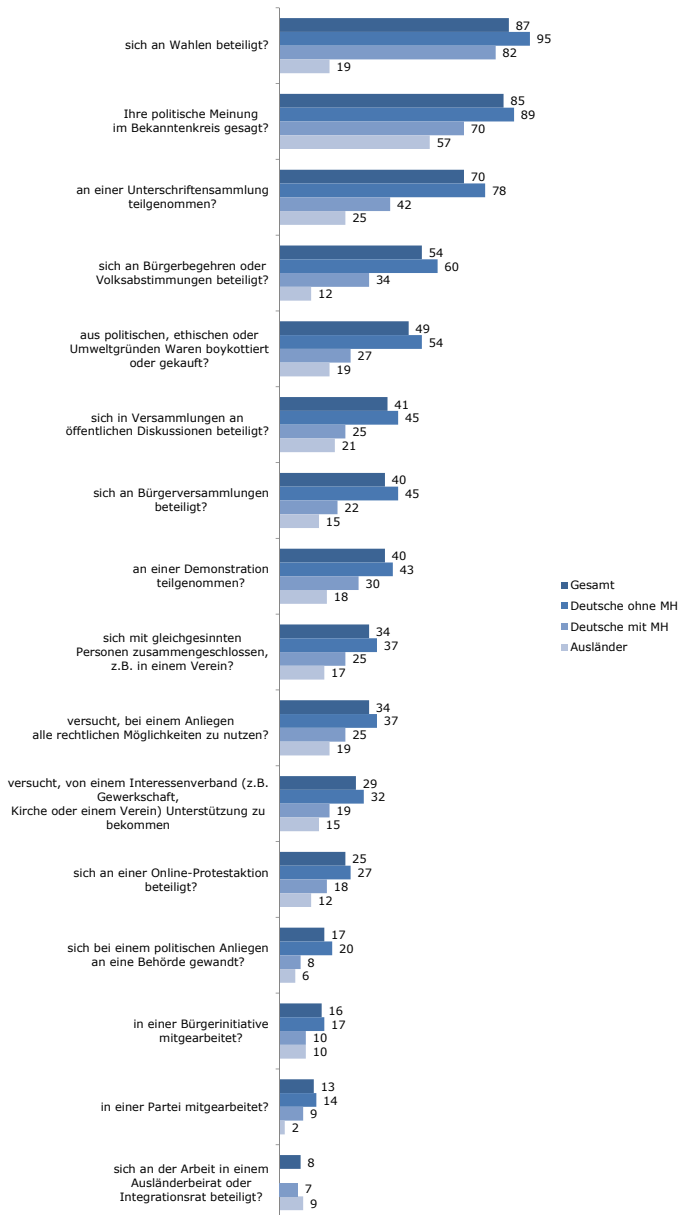
Bisherige Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass sich bei den meisten Aktivitätsformen nur eine Minderheit beteiligt, es aber ein gewisses weites Potenzial gibt, das unter bestimmten Bedingungen aktiviert werden kann⁵. In unserer Umfrage wurden nur gewaltlose Partizipationsformen erhoben. Zusätzlich haben wir nicht zwischen engem und weitem Potenzial unterschieden, sondern alle erfasst, die angeben, schon einmal eine der fragten Aktivitäten ausgeführt zu haben. Dadurch kommt es in einigen Bereichen zu höheren Beteiligungsraten als in anderen Studien. Zudem ist nicht auszuschließen, dass soziale Erwünschtheit zu höherer berichteter Beteiligung geführt hat.

Die verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung werden unterschiedlich stark genutzt. Niedrigschwellige Partizipationsangebote wie wählen, seine politische Meinung sagen oder an einer Unterschriftensammlung teilnehmen werden insgesamt häufiger genutzt als Angebote, die einen höheren Involvierungsgrad erfordern, wie z.B. die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder in einer Partei. Zusätzlich zeigt die grafische Darstellung der Beteiligung aller drei Befragungsgruppen ein „Treppennmuster“. Bei allen abgefragten Formen der Partizipation weisen Deutsche das höchste Partizipationsniveau auf, gefolgt von Migranten. Am geringsten fällt die Beteiligung in der Gruppe der Ausländer aus (siehe Abbildung 8, Seite 33).

Die wahlberechtigten Migranten machen nur einen geringen Anteil an allen Wahlberechtigten aus. 1,4 Prozent der Wahlberechtigten sind türkischstämmige Migranten, weitere 1,4 Prozent russischstämmige Migranten und 1,3 Prozent der Wahlberechtigten haben einen polnischen Migrationshintergrund. Und dabei ist noch nichts über die Höhe der Wahlbeteiligung gesagt. Es ist aber davon auszugehen, dass die berichtete Wahlbeteiligung deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung liegt.

95 Prozent der Deutschen und 82 Prozent der Migranten geben an, sich schon einmal an Wahlen beteiligt zu haben. Das gilt lediglich für 19 Prozent der Ausländer. Das ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass die meisten Ausländer in Deutschland nicht wählen dürfen. Lediglich EU-Ausländer dürfen bei Kommunal- sowie Europawahlen ihre Stimme abgeben.

Abbildung 8: Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Ich lese Ihnen einige Aktivitäten vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie dies schon einmal getan haben oder nicht.



Man könnte erwarten, dass Ausländer stattdessen – gewissermaßen als Ausgleich – verstärkt andere Formen der politischen Beteiligung nutzen. Das ist jedoch nicht der Fall. Selbst bei einer einfachen Art der Beteiligung wie dem Äußern der politischen Meinung im Bekanntenkreis sind Ausländer mit nur 57 Prozent deutlich zurückhaltender als Deutsche oder Migranten. Dieses Muster zieht sich durch alle Beteiligungsformen. 78 Prozent der Deutschen haben schon einmal an einer Unterschriften-sammlung teilgenommen, wohingegen das nur für 42 Prozent der Migranten und ein Viertel der Ausländer gilt. Bürgerbegehren oder Volksabstimmungen finden geringeren Anklang. 60 Prozent der Deutschen, ein Drittel der Migranten und nur 12 Prozent der Ausländer haben sich an Bürgerbegehren oder Volksabstimmungen beteiligt. Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottiert oder gekauft hat gut die Hälfte der Deutschen, ein gutes Viertel der Migranten und etwa ein Fünftel der Ausländer.

Alle weiteren Beteiligungsformen scheinen eine höhere Hürde darzustellen, da sie auch von der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur noch von weniger als der Hälfte der Bürger schon einmal genutzt wurden. 45 Prozent der Deutschen haben sich schon einmal in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt. Ein Viertel der Migranten und ein Fünftel der Ausländer geben das ebenfalls an. Auch an Bürgerversammlungen beteiligen sich nicht zugewanderte Deutsche häufiger. 45 Prozent der Deutschen haben sich schon einmal an einer Bürgerversammlung beteiligt, jedoch nur 22 Prozent der Migranten und 15 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer. Sehr ähnlich verhält es sich bei der Teilnahme an einer Demonstration, beim Zusammenschließen mit gleichgesinnten Personen, z.B. in einem Verein, beim Versuch, bei einem Anliegen alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und beim Versuch, von einem Interessenverband Unterstützung zu erhalten.

Alle weiteren Beteiligungsformen werden nur noch von weniger als einem Drittel der Deutschen genutzt. Gut ein Viertel hat sich schon einmal an einer Online-Protestaktion beteiligt. 18 Prozent der Migranten und 12 Prozent der Ausländer haben das schon einmal getan. Bei einem politischen Anliegen an eine Behörde gewandt hat sich lediglich ein Fünftel der Deutschen. Unter den Migranten und Ausländern haben sich lediglich 8 bzw. 6 Prozent schon einmal mit einem politischen Anliegen an eine Behörde gewandt. In einer Bürgerinitiative haben bisher 17 Prozent der Deutschen und je 10 Prozent der Migranten und Ausländer mitgearbeitet.

Die Mitarbeit in einer Partei spiegelt nicht den aktuellen Anteil an Parteimitgliedern wider, sondern den Anteil derjenigen, die irgendwann einmal in einer Partei mitgearbeitet haben. Das geben 14 Prozent der Deutschen, 9 Prozent der Migranten und 2 Prozent der Ausländer an, aber auch diese Werte dürften durch Overreporting etwas höher sein als in Wirklichkeit.

Im Freiwilligensurvey wurden ebenfalls politische Aktivitäten erfasst, die irgendwann einmal durchgeführt wurden. Der Freiwilligensurvey fragt allerdings deutlich weniger Formen der Partizipation ab und unterscheidet nicht nach Deutschen, Migranten und Ausländern. Zum Teil weichen die Werte der vorliegenden Studie von denen des Freiwilligensurveys ab. Der Freiwilligensurvey misst eine etwas niedrigere Teilnahme an Unterschriftenaktionen und Demonstrationen, eine höhere Teilnahme an Bürgerinitiativen und eine etwa gleich hohe Teilnahme an Bürgerversammlungen⁶. Vermutlich sind die Abweichungen auf Unterschiede in der Erhebungsmethode zurückzuführen, da der Freiwilligensurvey im Gegensatz zur vorliegenden Studie Personen ab 14 Jahren befragt und eine reine Festnetz-Stichprobe verwendet hat.

Unabhängig von der Art der Beteiligung zeigt sich in der vorliegenden Studie, dass sich Deutsche ohne Migrationshintergrund am häufigsten politisch beteiligen. Es lässt sich bei Zugewanderten eine leichte Auswirkung der deutschen Staatsangehörigkeit feststellen in dem Sinne, dass sich Migranten häufiger politisch beteiligen als Ausländer. Ihr Partizipationsniveau liegt aber auch noch deutlich unter dem der Deutschen. Der deutsche Pass allein führt also noch nicht zu einer gleich hohen Partizipation.

Nun könnte man argumentieren, dass es sich bei den abgefragten Partizipationsformen um typisch deutsche Arten der Beteiligung handelt, die bei Migranten und Ausländern einfach weniger bekannt sind bzw. auf weniger Interesse stoßen. Doch auch die Arbeit in einem Ausländerbeirat oder Integrationsrat, in denen es explizit um die Interessen von Ausländern und Migranten geht, geben lediglich 7 Prozent der Migranten und 9 Prozent der Ausländer an. Weiterhin könnte man annehmen, dass sich Migranten und besonders Ausländer vielleicht nicht in Deutschland engagieren, aber in ihrem Ursprungsland. Doch auch das ist nur sehr eingeschränkt der Fall. 8 Prozent der Migranten geben an, sich schon einmal in ihrem Ursprungsland politisch engagiert zu haben. Immerhin

22 Prozent der Ausländer haben schon in ihrem Ursprungsland politisch Einfluss genommen.

Allerdings steigt das Partizipationsniveau von Migranten und Ausländern bei manchen Formen der Beteiligung mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland. Je länger selbst zugewanderte Migranten und Ausländer in Deutschland leben, desto häufiger beteiligen sie sich an Wahlen, äußern im Bekanntenkreis ihre politische Meinung, nehmen an einer Unterschriftensammlung teil, beteiligen sich an Bürgerbegehren oder Volksabstimmungen sowie an öffentlichen Diskussionen und Bürgerversammlungen, nehmen an einer Demonstration teil, schließen sich mit gleichgesinnten Personen zusammen, versuchen, bei einem Anliegen alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen oder von einem Interessenverband Unterstützung zu erhalten. Ein ganz leichter Anstieg zeigt sich auch bei der Hinwendung zu einer Behörde mit einem politischen Anliegen und bei der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative. Bei allen anderen Partizipationsformen ändert sich das Beteiligungsniveau nicht mit steigender Aufenthaltsdauer in Deutschland. Und auch dort, wo sich das Niveau erhöht, wird selbst von Migranten und Ausländern, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben, nicht das Partizipationsniveau der Deutschen ohne Migrationshintergrund erreicht. Die politische Einflussnahme im Herkunftsland verringert sich analog dazu, je länger Zuwanderer in Deutschland leben.

Bezüglich der einzelnen Herkunftsländer sind vertiefende Analysen nur eingeschränkt möglich, da die Fallzahlen zum Teil zu klein werden. Für manche Teilgruppen und manche Beteiligungsformen sind allerdings Aussagen möglich. Politische Partizipation unterscheidet sich zum Teil nach Herkunftsland.

Dabei zeigen sich drei Tendenzen: Erstens beteiligen sich türkischstämmige Migranten und Ausländer häufiger als durchschnittliche Zuwanderer. Türkischstämmige Migranten und Ausländer nehmen häufiger an Bürgerversammlungen teil, schließen sich häufiger mit Gleichgesinnten zusammen und versuchen eher, bei einem Anliegen alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Türkischstämmige Migranten beteiligen sich zusätzlich überdurchschnittlich häufig an öffentlichen Diskussionen und Demonstrationen.

Zweitens beteiligen sich russische Migranten seltener als der Durchschnitt. Sie beteiligen sich seltener an öffentlichen Diskussionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Bürgerbegehren. Sie schließen sich unterdurchschnittlich häufig mit Gleichgesinnten zusammen, versuchen seltener, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, äußern unterdurchschnittlich häufig im Bekanntenkreis ihre politische Meinung und boykottieren oder kaufen auch seltener Waren aus politischen Motiven.

Drittens schließen sich polnischstämmige Migranten seltener mit Gleichgesinnten zusammen und nutzen seltener alle rechtlichen Möglichkeiten, nehmen dafür aber überdurchschnittlich häufig an Unterschriftensammlungen teil.

Für die Gruppe der Muslime zeigt sich eine überraschende Differenz zwischen Migranten und Ausländern. Deutsche Muslime beteiligen sich tendenziell häufiger politisch als alle andere Migranten, während ausländische Muslime zu einer leicht unterdurchschnittlichen Beteiligung tendieren im Vergleich zu allen anderen Ausländern. Über die Gründe für diese Differenzen könnte an dieser Stelle nur spekuliert werden. Hier wäre weitere Forschung notwendig.

Zudem gilt für nahezu alle Formen der politischen Partizipation, dass sich die Partizipation erhöht, je stärker das politische Interesse ausgeprägt ist. Das zeigt sich sowohl für Deutsche und Migranten als auch für Ausländer. Des Weiteren steigt bei Deutschen und Migranten das Partizipationsniveau mit höherer formaler Bildung. Teilweise beteiligen sich Männer häufiger als Frauen.

In der Gruppe der Ausländer ist der Bildungseffekt nicht durchgängig festzustellen. Aber auch hier gibt es Partizipationsarten, die von höher gebildeten Ausländern häufiger ausgeführt werden als von niedriger gebildeten. Nur vereinzelt zeigen ausländische Männer eine höhere Partizipation als ausländische Frauen.

Wie schon in den Analysen von Steinbrecher weisen auch in unserer Studie Nichtwähler teilweise ein geringeres Partizipationsniveau auf. Wenig überraschend ist, dass sich Nichtwähler seltener an Wahlen beteiligen als Wähler. Allerdings gibt immerhin die Hälfte der Nichtwähler an, schon einmal an einer Wahl teilgenommen zu haben. Nichtwähler äußern

aber auch seltener ihre politische Meinung, nehmen seltener an Unterschriftensammlungen teil, beteiligen sich seltener an Bürgerbegehren, boykottieren oder kaufen seltener Waren aus politischen Gründen, beteiligen sich seltener an öffentlichen Diskussionen, Bürgerversammlungen, Demonstrationen und Online-Protestaktionen, versuchen seltener, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, wenden sich seltener mit einem politischen Anliegen an eine Behörde und arbeiten seltener in einer Bürgerinitiative mit.

Die Wahrscheinlichkeit, durch nicht-elektorale Beteiligungsformen die sinkende Wahlbeteiligung auszugleichen, ist vermutlich eher gering, da Nichtwähler auch seltener Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder Volksabstimmungen nutzen.

Interessanterweise gibt es einige wenige Partizipationsformen, von denen Nichtwähler genauso häufig Gebrauch machen wie Wähler. Bei vier Partizipationsformen gibt es keinen Unterschied zwischen Wählern und Nichtwählern: sich mit gleichgesinnten Personen zusammenschließen, z.B. in einem Verein; versuchen, von einem Interessenverband Unterstützung zu erhalten; in einer Bürgerinitiative mitarbeiten; sich an der Arbeit in einem Ausländerbeirat oder Integrationsrat beteiligen. Allerdings werden die letzten beiden Formen der Beteiligung ohnehin nur von einer kleinen Minderheit der Befragten genutzt.

Keine Form der Partizipation wird von Nichtwählern häufiger genutzt als von Wählern. Vermutlich suchen Nichtwähler keine alternativen Beteiligungsformen.

- 1) Jochen Roose, unter Mitarbeit von Franziska Scholl, 2015, *Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten*, ipb working paper, Berlin, S. 28.
- 2) Markus Steinbrecher, 2009, *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden, S. 175f.
- 3) Markus Steinbrecher, 2009, *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden, S. 176.
- 4) Sebastian Roßner, 2014, *Politische Partizipation von Ausländern in Deutschland*, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Sebastian Bukow (Hrsg.), *Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft*, S. 69.
- 5) Markus Steinbrecher, 2009, *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden, S. 120.

- 6| *Thomas Gensicke/Sabine Geiss, 2010, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 55.*

5. POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND POLITISCHES WISSEN

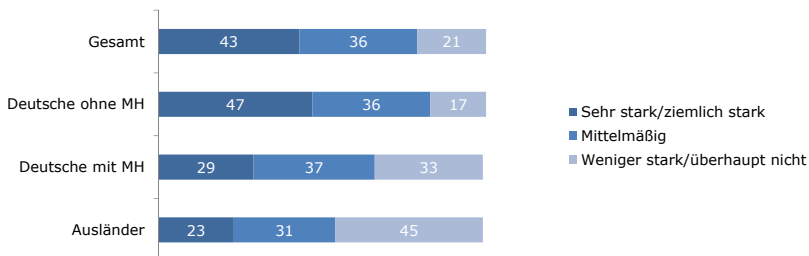
Wie sich zeigte, ist das politische Interesse ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die soziale und politische Partizipation. Analog zur Partizipation ist folglich auch das politische Interesse unter Deutschen wesentlich stärker ausgeprägt als unter Migranten und Ausländern. Bei Deutschen ist das politische Interesse umso höher, je älter und je höher formal gebildet ein Befragter ist. Gleichzeitig weisen Nichtwähler ein unterdurchschnittliches politisches Interesse auf.

Bei Migranten zeigt sich ebenfalls ein Bildungseffekt. Formal höher gebildete Migranten sind politisch interessierter als Migranten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Im Gegensatz zu Deutschen unterscheidet sich das politische Interesse von männlichen und weiblichen Migranten um 20 Prozentpunkte. 39 Prozent der Männer mit Migrationshintergrund geben an, sehr oder ziemlich stark politisch interessiert zu sein, während das nur 19 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund von sich sagen. Das Alter ist bei Migranten dagegen von geringerer Bedeutung für das politische Interesse als bei Deutschen. Lediglich die über 65-Jährigen weisen mit 35 Prozent ein leicht überdurchschnittliches politisches Interesse auf, wohingegen sich die anderen Altersgruppen nicht nennenswert voneinander unterscheiden.

Unter allen Religionsgruppen der Migranten weisen Muslime das geringste politische Interesse auf (17 Prozent). Am stärksten politisch interessiert sind konfessionslose Migranten (40 Prozent). Auch unter Ausländern sind Muslime leicht unterdurchschnittlich politisch interessiert (18 Prozent), während konfessionslose (31 Prozent) und evangelische (34 Prozent) Ausländer das stärkste Interesse besitzen.

Ähnlich wie bei Migranten findet sich bei Ausländern nur ein sehr geringer Einfluss des Alters auf das politische Interesse. Dafür bestehen auch hier Einflüsse der formalen Bildung und des Geschlechts. Formal höher gebildete Ausländer und männliche Ausländer weisen ein höheres politisches Interesse auf als niedriger gebildete Ausländer und ausländische Frauen. Aber selbst bei hoher Bildung bleibt ein Unterschied zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern im politischen Interesse bestehen. 59 Prozent der Deutschen mit Abitur geben ein starkes politisches Interesse an. Unter den Migranten mit Abitur sind das lediglich 37 Prozent, unter den ausländischen Abiturienten sogar nur 31 Prozent.

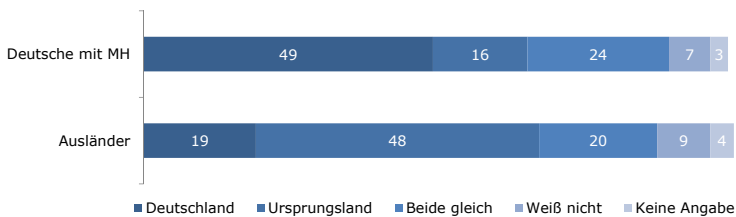
Abbildung 9: Politisches Interesse



Trotz des eher geringen politischen Interesses geben 61 Prozent der Migranten an, sich mehr für die Politik in Deutschland als für die Politik in ihrem Ursprungsland zu interessieren. Lediglich 7 Prozent der Migranten interessieren sich stärker für die Politik in ihrem Ursprungsland, während sich gut ein Viertel für beide Länder gleich stark interessiert. Unter Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist das Interesse an deutscher Politik schwach. 30 Prozent der Ausländer interessieren sich mehr für die Politik in Deutschland, 23 Prozent für die Politik in ihrem Ursprungsland und 33 Prozent für beide gleich.

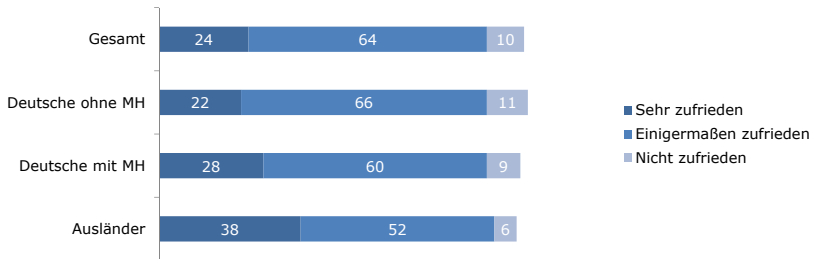
Das Interesse für die Politik in einem Land könnte man als Indikator für die Identifikation mit einem Land ansehen. Dann würden sich – wenig überraschend – Migranten stärker mit Deutschland identifizieren als Ausländer. Zu demselben Schluss gelangt man, wenn man die „Fußball-Frage“ stellt. Welchem Land würden die Befragten die Daumen drücken, wenn Deutschland im Fußball gegen ihr Ursprungsland spielen würde? Etwa die Hälfte der Migranten würde Deutschland die Daumen drücken und ein weiteres Viertel würde beide Länder unterstützen. Lediglich eine Minderheit würde für das Ursprungsland mitfiebern. Bei Ausländern dagegen verhält es sich nahezu spiegelverkehrt. Die Hälfte der Ausländer würde im Fußball für ihr Ursprungsland die Daumen drücken. Etwa gleich viele Ausländer würden Deutschland oder beide Länder gleichermaßen unterstützen. Unter den türkischstämmigen Migranten ist die Unterstützung für Deutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt. Russische Ausländer dagegen drücken im Fußball überdurchschnittlich häufig für Deutschland die Daumen.

Abbildung 10: Stellen Sie sich vor, Deutschland würde im Fußball gegen Ihr Ursprungsland spielen: Wem würden Sie die Daumen drücken?



Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist hingegen unter allen drei Gruppen ähnlich hoch ausgeprägt. 90 Prozent der Ausländer und je 88 Prozent der Migranten und der Deutschen geben an, mit der Demokratie zufrieden zu sein. Damit ist die Demokratiezufriedenheit in allen drei Gruppen sehr hoch.

Unter den Ausländern sind Türken etwas weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland als die Gesamtheit der Ausländer. 83 Prozent sind sehr oder einigermaßen zufrieden mit der Demokratie. Dagegen weisen in Deutschland lebende Polen eine besonders hohe Demokratiezufriedenheit auf. 95 Prozent der Polen sind sehr oder einigermaßen zufrieden.

Abbildung 11: Demokratiezufriedenheit

Bei den wenigen, die nicht zufrieden sind, sind keine eindeutigen Gründe für die Unzufriedenheit lokalisierbar, so dass es sich um eine eher diffuse Unzufriedenheit handelt. 43 Prozent der unzufriedenen Deutschen geben an, mit der Politik bzw. den Politikern unzufrieden zu sein. Politiker regierten am Volk vorbei, hielten ihre Wahlversprechen nicht ein und die Politik sei nicht transparent. Unter den unzufriedenen Migranten geben lediglich 16 Prozent Politik/Politiker als Gründe für ihre Unzufriedenheit an, unter den unzufriedenen Ausländern sogar nur 5 Prozent.

Ein weiterer Unzufriedenheitsgrund liegt mit je 14 Prozent Nennungen bei Deutschen und Migranten sowie 12 Prozent bei Ausländern im Bereich Zuwanderung/Asyl.

Neben politischen Einstellungen haben wir zwei Fragen aus dem Bereich politisches Wissen gestellt, um nicht nur selbst bekundetes politisches Interesse, sondern auch das tatsächliche Wissen zu messen. Das politische Wissen unterscheidet sich stark zwischen allen drei Gruppen. Zuerst wollten wir – ungestützt, also ohne Antwortvorgabe – wissen, wer zurzeit Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist. 84 Prozent der Deutschen können Joachim Gauck als Bundespräsidenten nennen. 13 Prozent antworten mit „weiß nicht“. Unter den Migranten identifizieren mit 58 Prozent immerhin über die Hälfte Joachim Gauck als Bundespräsident. 12 Prozent halten Angela Merkel für die Bundespräsidentin. Unter den Migranten wählen 28 Prozent die Antwortkategorie „weiß nicht“. Ausländer geben dagegen nur zu 38 Prozent Gauck an und dafür zu 17 Prozent Merkel. 44 Prozent geben an, die Antwort nicht zu wissen. Offensichtlich ist für sie die Unterscheidung zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler etwas schwieriger.

Als nächstes haben wir gefragt, welcher Partei Bundeskanzlerin Angela Merkel angehört. Auch hier zeigen sich Gruppenunterschiede. Allerdings kann in allen drei Gruppen eine deutliche Mehrheit die richtige Partei nennen. 98 Prozent der Deutschen ordnen Merkel der CDU zu. Unter den Migranten wissen 87 Prozent, dass Merkel der CDU angehört. 4 Prozent nennen die SPD und 8 Prozent entscheiden sich für „weiß nicht“. Auch unter den in Deutschland lebenden Ausländern ordnen immerhin 68 Prozent Merkel der CDU zu. Lediglich 5 Prozent glauben, sie gehöre der SPD an. Allerdings gibt auch ein Viertel der befragten Ausländer an, die Antwort nicht zu wissen. Auch wenn die Unterscheidung zwischen Präsident und Kanzler nicht allen leicht fällt, weiß eine große Mehrheit, welcher Partei Angela Merkel angehört. Trotz des geringeren politischen Interesses scheint ein gewisses politisches Wissen auch unter Migranten und Ausländern vorhanden zu sein.

6. POLITISCHE AGENDA

Die politische Agenda, die wir erfragt haben, ist stark abhängig vom zeitlichen Kontext. Würde man die Erhebung heute wiederholen, ergäbe sich sicherlich eine andere Schwerpunktsetzung. Eigentlich würde man erwarten, dass Migranten und Ausländer andere Themenschwerpunkte setzen als Deutsche. Beispielsweise könnte man annehmen, dass integrationspolitische Themen eine stärkere Rolle spielen. Eine Untersuchung über die wahrgenommenen Probleme 2009 kann allerdings nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten feststellen. Lediglich bei zwei Themenbereichen unterscheiden sich die beiden Gruppen: Migranten nennen häufiger Innere Sicherheit als Problem, während Deutsche etwas häufiger den Bereich Senioren/Rente erwähnen¹. Alle anderen Unterschiede sind in dieser Studie nicht statistisch signifikant oder sind auf die soziodemographische Zusammensetzung der Gruppen zurückzuführen.

Auch die vorliegende Studie kann nur geringe Unterschiede feststellen. Es wurde offen nach dem wichtigsten politischen Problem in Deutschland gefragt. Dabei konnten die Befragten nur ein Problem nennen. Für alle drei Gruppen zeigt sich, dass es im ersten Quartal 2015 nicht das eine beherrschende politische Problem gibt. Mit 26 Prozent der Nennungen liegt der Themenkomplex Ausländer-/Flüchtlingspolitik unter den Deutschen vorne. Je 13 Prozent der Migranten und Ausländer nennen ebenfalls die Ausländer- und Flüchtlingspolitik als wichtigstes Problem. Damit ist ihnen der Bereich

Ausländer- und Flüchtlingspolitik etwas weniger wichtig als den Deutschen.

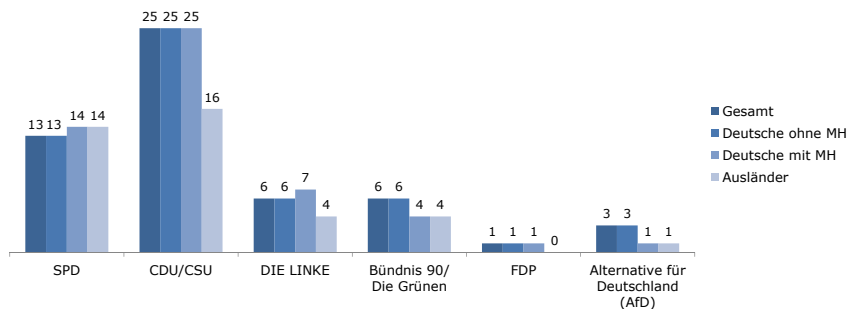
Der Themenbereich Arbeitsplätze/Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarktpolitik wird von 7 Prozent der Deutschen, von 13 Prozent der Migranten und von 14 Prozent der Ausländer als wichtigstes politisches Problem genannt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte legen folglich einen leicht stärkeren Fokus auf das Thema Arbeitslosigkeit. Besonders häufig wird dieser Themenbereich mit 20 Prozent von türkischstämmigen Migranten und Ausländern angegeben.

Alle weiteren Unterschiede fallen noch geringer aus. Schul- und Bildungspolitik wird von 7 Prozent der Deutschen, 5 Prozent der Migranten und lediglich 2 Prozent der Ausländer als wichtigstes Problem angesehen. Auch bei den Themenbereichen sozial Schwache/soziales Gefälle/Armut sowie Einwanderung begrenzen/zu viele Migranten/Überfremdung unterscheidet sich die Nennungshäufigkeit nicht zwischen den drei Gruppen. Alle weiteren Problembereiche werden nur von sehr wenigen Befragten genannt. Insgesamt sind die Unterschiede der wahrgenommenen Probleme zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern so gering, dass man nicht von einer spezifischen Agenda von Zuwanderern sprechen kann.

Auch bei der Problemlösungskompetenz erwartet man eigentlich Unterschiede in der Wahrnehmung von Deutschen, Migranten und Ausländern. Eine frühere Studie zeigt, dass Migranten etwas häufiger angeben, keine Partei sei kompetent, das wichtigste Problem zu lösen. Zudem stellt die Studie fest, „dass sich die Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in zwei unterschiedliche politische Lager aufteilen“². Auf der einen Seite befänden sich die (Spät-)Aussiedler, die überdurchschnittlich der CDU die Problemlösungskompetenz zuschreiben. Auf der anderen Seite seien die Migranten aus anderen Herkunftsländern, die dagegen überdurchschnittlich häufig SPD und Grüne als kompetent erachten.

In den vorliegenden Daten spiegeln sich diese Befunde nur teilweise wider. Mit 30 Prozent liegt der Anteil derjenigen, die keine Partei für kompetent halten, unter den Deutschen am höchsten. Darauf folgen Migranten, von denen 21 Prozent keine Partei nennen. Dagegen sind lediglich 17 Prozent der Ausländer der Meinung, keine Partei sei kompe-

Abbildung 12: Problemlösungskompetenz



tent, die Probleme zu lösen. Allerdings weisen Migranten und Ausländer einen höheren Anteil an „weiß nicht“-Antworten auf. 12 Prozent der Deutschen, 25 Prozent der Migranten und 41 Prozent der Ausländer antworten mit „weiß nicht“.

Insgesamt nennt somit über die Hälfte der Ausländer (58 Prozent) keine Partei aktiv. Aber auch bei Deutschen und Migranten liegt der Anteil derjenigen, die keine Partei angeben, mit 42 und 46 Prozent recht hoch.

Insgesamt wird die CDU/CSU von einem Viertel aller Befragten als am kompetentesten genannt. Das gilt ebenfalls für Deutsche und Migranten. Ausländer halten die Union mit 16 Prozent etwas seltener für die kompetenteste Partei als der Durchschnitt. Von (Spät-)Aussiedlern wird der Union anders als in der Untersuchung von Wüst durchschnittlich häufig die Problemlösungskompetenz zugeschrieben (26 Prozent).

Der Anteil derjenigen, die die SPD für am besten geeignet halten, um das für sie wichtigste Problem zu lösen, ist etwa gleich hoch unter Deutschen, Migranten und Ausländern. Von türkischstämmigen Migranten und Ausländern wird die SPD überdurchschnittlich häufig als kompetent erachtet. (Spät-)Aussiedler schreiben ihr dagegen leicht unterdurchschnittlich häufig die Kompetenz zu.

Bei allen anderen Parteien zeigen sich kaum Unterschiede in der Bewertung ihrer Problemlösungskompetenz.

Es lässt sich folglich in den Daten nur eine leichte Zweiteilung feststellen. Zugewanderte aus der Türkei präferieren die SPD, während (Spät-)Aussiedler der SPD weniger Kompetenz zuschreiben. Die ausgeprägte Kompetenzzuschreibung der (Spät-)Aussiedler für die Union, die Wüst in den Daten von 2009 findet, kann mit der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden. (Spät-)Aussiedler sehen die Problemlösungskompetenz genauso häufig bei CDU und CSU wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Bei der Zuschreibung der Problemlösungskompetenz zu einer Partei haben vor allem Ausländer offenbar gewisse Schwierigkeiten. Wie sieht es dagegen mit der Interessensvertretung von Migranten und Ausländern durch Politiker mit Migrationshintergrund aus? Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte wissen, ob Politiker mit Migrationshintergrund die Interessen von Zuwanderern besser vertreten können als Politiker ohne Migrationshintergrund. Ein Drittel der befragten Migranten und Ausländer hat die Frage bejaht. Sie glauben, Politiker mit Migrationshintergrund könnten ihre Interessen besser vertreten. 44 Prozent sind dagegen der Ansicht, dass sie das nicht könnten. 20 Prozent antworten mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“.

Diejenigen, die die Frage bejahen, wurden gebeten, einen Politiker anzugeben, von dem sie das erwarten würden. 12 Prozent können sich vorstellen, dass Cem Özdemir ihre Interessen besser vertritt. Bei allen weiteren Nennungen sind die Häufigkeiten sehr gering. Es werden sowohl Politiker mit als auch Politiker ohne Migrationshintergrund genannt, obwohl wir nach Politikern mit Migrationshintergrund gefragt hatten. Das deutet darauf hin, dass es bisher abgesehen von Cem Özdemir keinen Politiker mit Migrationshintergrund gibt, der einen größeren Bekanntheitsgrad besitzt bzw. von dem eine bessere Interessenvertretung erwartet wird. Auch wenn ein Drittel der Migranten und Ausländer sich von einem Politiker mit Migrationshintergrund besser vertreten fühlen würde, gibt es keine Person, die die Mehrheit von sich überzeugt.

Zusätzlich wurden alle drei Gruppen gefragt, welches das größte Problem ist, das Migranten und Ausländer in Deutschland haben. Selbst hier fallen die Gruppenunterschiede überraschend übersichtlich aus. Sprache und Sprachprobleme liegen als Problemkomplex in allen drei Gruppen vorn. Je ein Viertel der Deutschen, Migranten und Ausländer hält die Sprache für das wichtigste Problem von Zuwanderern.

Das Thema Integration/Integrationsbereitschaft/Anpassung an die deutsche Gesellschaft und Kultur wird von Ausländern (9 Prozent) etwas seltener genannt als von Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit (Deutsche: 14 Prozent; Migranten: 13 Prozent).

Dagegen gibt es beim Themenkomplex Vorurteile der Deutschen gegenüber Migranten/Schubladendenken/fehlendes gegenseitiges Verständnis zwischen allen drei Gruppen leichte Unterschiede. Interessanterweise wird dieser Themenbereich mit 13 Prozent am häufigsten von Deutschen genannt. 9 Prozent der Migranten und lediglich 5 Prozent der Ausländer sehen Vorurteile als wichtigstes Problem von Migranten und Ausländern an.

Beim Problembereich mangelnde Akzeptanz und Anerkennung von Migranten/Diskriminierung von Migranten/Intoleranz liegen die Gruppen wieder näher zusammen. Etwa jeder zehnte Deutsche und jeder zehnte Migrant sowie 7 Prozent der Ausländer sagen, dabei handele es sich um das größte Problem von Migranten und Ausländern in Deutschland.

Die Kehrseite der Medaille – Abschottung der Migranten/Ablehnung der deutschen Kultur/Verweigerung der Integration – wird von 8 Prozent der Deutschen und 7 Prozent der Migranten als Problem wahrgenommen. Lediglich 3 Prozent der Ausländer sehen das als Problem.

Auch wenn es nicht um das allgemein wichtigste Problem in Deutschland geht, sondern um das größte Problem von Migranten und Ausländern, können viele Befragte keine Partei benennen oder sind explizit der Meinung, keine Partei sei kompetent, das Problem zu lösen. Unter den Deutschen sagt knapp ein Drittel, keine Partei sei kompetent, während 15 Prozent „weiß nicht“ antworten (gesamt: 44 Prozent).

Unter den Migranten sinkt zwar der Anteil derjenigen, die keine Partei als kompetent wahrnehmen auf 20 Prozent, dafür steigt der Anteil der „weiß nicht“-Antworten auf 31 Prozent. Insgesamt nennt damit jeder zweite Migrant keine Partei.

Unter Ausländern liegt der gesamte Anteil an „weiß nicht“ und „keine Partei“ bei fast zwei Drittel. 17 Prozent der Ausländer halten keine Partei für kompetent, weitere 47 Prozent antworten mit „weiß nicht“. Das ist insofern erstaunlich, als dass es nicht um ein „deutsches“ Problem geht,

sondern um die Lösung der Probleme von Migranten und Ausländern in Deutschland. Dabei ist der Anteil derjenigen, die gewissermaßen alle Parteien für nicht kompetent halten, unter Migranten und Ausländern geringer als unter Deutschen. Dafür kennen sich Migranten und Ausländer offenbar so wenig mit den deutschen Parteien aus, dass sie sich nicht in der Lage sehen, die Frage nach der Problemlösungskompetenz zu beantworten.

In allen drei Befragungsgruppen liegen Union und SPD bei der Kompetenz etwa gleich auf. Unter den Deutschen werden beide Parteien besser bewertet als in den anderen Gruppen. Ein Fünftel der Deutschen meint, CDU/CSU seien am besten geeignet, das größte Problem von Migranten und Ausländern zu lösen, 17 Prozent glauben dies von der SPD. Unter den Migranten nennen 17 Prozent die Union und 14 Prozent die SPD. Am geringsten ist der Glaube an die Problemlösungskompetenz von CDU und SPD unter den in Deutschland lebenden Ausländern. Nur etwa jeder zehnte Ausländer sieht die Kompetenz bei der Union oder bei der SPD. (Spät-)Aussiedler schreiben erneut etwa durchschnittlich häufig der Union die Kompetenz zu (20 Prozent), während sie die SPD deutlich seltener als kompetent wahrnehmen (5 Prozent). Dafür wird die SPD von türkischstämmigen Migranten und Ausländern mit je 26 Prozent überdurchschnittlich oft als kompetent genannt.

Bei allen anderen Parteien unterscheidet sich die Bewertung kaum zwischen den Gruppen.

- 1| *Andreas M. Wüst, 2014, Politische Repräsentation von Migranteninteressen, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Sebastian Bukow (Hrsg.), Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft, S. 121f.*
- 2| *Andreas M. Wüst, 2014, Politische Repräsentation von Migranteninteressen, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Sebastian Bukow (Hrsg.), Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft, S. 126.*

7. SCHLUSSBEMERKUNG

Etwa ein Fünftel der Menschen in Deutschland hat eine Zuwanderungsgeschichte. Diese Menschen sind Teil der deutschen Gesellschaft, teilweise schon seit Jahrzehnten. Dennoch gibt es nur wenige Studien über das politische Verhalten und die Einstellungen von Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Des Weiteren liegen keine repräsentativen Studien über die Einstellungen von Muslimen vor, obwohl sie einen wachsenden Anteil an unserer Gesellschaft ausmachen. In beiden Bereichen soll die vorliegende Studie einen Beitrag leisten, um einen Teil dieser Forschungslücken zu schließen. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Umfrage unter Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie in Deutschland lebenden Ausländern durchgeführt, um belastbare Aussagen über die soziale und politische Partizipation aller drei Teilgruppen treffen zu können. Dazu wurde kein onomastisches Verfahren, sondern eine reine Zufallsauswahl verwendet. In jeder Teilzielgruppe wurden etwa 1.000 Menschen befragt, darunter auch 362 Muslime.

Mit der vorliegenden Umfrage können auch Aussagen über den Anteil der wahlberechtigten Migranten nach Herkunftsgruppen getroffen werden. Insgesamt machen die wahlberechtigten Migranten nur einen kleinen Anteil an allen Wahlberechtigten aus. 1,4 Prozent der Wahlberechtigten sind türkischstämmige Migranten, weitere 1,4 Prozent russischstämmige Migranten und 1,3 Prozent der Wahlberechtigten haben einen polnischen Migrationshintergrund.

Dabei ist noch nichts über die Höhe der Wahlbeteiligung gesagt. Es ist aber davon auszugehen, dass die tatsächliche Wahlbeteiligung deutlich geringer ist als die berichtete Wahlbeteiligung.

In manchen Bereichen der politischen Einstellungen und Beteiligung unterscheiden sich Deutsche von Migranten und diese wiederum von Ausländern. Sowohl das soziale als auch das politische Engagement von Migranten und Ausländern ist geringer als das Engagement von Deutschen. 20 Prozent der Ausländer und 25 Prozent der Migranten sind Mitglied in einem Verein. Am stärksten ist die Vereinsmitgliedschaft verbreitet unter Deutschen mit 36 Prozent. Für Migranten und Ausländer sind Sportvereine die attraktivste Form des sozialen Engagements. Bei Deutschen liegen Hilfsorganisationen an erster Stelle. Analog zur Mitgliedschaft erklären bei der Frage nach der aktiven Beteiligung alle drei Gruppen, im Bereich Sport aktiv zu sein. Fast die Hälfte der aktiven Migranten und Ausländer ist im Bereich Sport und Bewegung aktiv.

Die Häufigkeit der Partizipation von Migranten und Ausländern steigt mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland. Je länger selbst zugewanderte Migranten und Ausländer in Deutschland leben, desto häufiger beteiligen sie sich an Wahlen, äußern im Bekanntenkreis ihre politische Meinung, nehmen an einer Unterschriftensammlung teil, beteiligen sich an Bürgerbegehren oder Volksabstimmungen sowie an öffentlichen Diskussionen und Bürgerversammlungen, nehmen an einer Demonstration teil, schließen sich mit gleichgesinnten Personen zusammen, versuchen, bei einem Anliegen alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen oder von einem Interessenverband Unterstützung zu erhalten.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist unter Deutschen, Migranten und Ausländern mit knapp 90 Prozent sehr hoch und unterscheidet sich nicht zwischen den Gruppen. Ebenso gibt es bei den wahrgenommenen Problemen kaum Unterschiede zwischen den drei Teilgruppen. Auch bei der Problemlösungskompetenz sind die Unterschiede übersichtlich. Auffallend ist, dass über die Hälfte der Ausländer keine Partei aktiv nennt. Aber auch bei Deutschen und Migranten liegt der Anteil derjenigen, die keine Partei angeben, mit 42 und 46 Prozent recht hoch. Die CDU/CSU wird von einem Viertel aller Befragten als am kompetentesten genannt. Das gilt ebenfalls für Deutsche und Migranten. Ausländer halten die

Union mit 16 Prozent etwas seltener für die kompetenteste Partei als der Durchschnitt. Von (Spät-)Aussiedlern wird der Union anders als in der Untersuchung von Wüst durchschnittlich häufig die Problemlösungskompetenz zugeschrieben.

Besonders Ausländer weisen eine recht geringe politische Beteiligung auf, obwohl es durchaus Formen der Partizipation gibt, an denen ausländische Staatsbürger teilnehmen können. Obwohl in unserer Stichprobe formal höher gebildete Migranten und Ausländer überrepräsentiert sind, ist die Partizipation geringer als bei Deutschen. Bei der formalen Vereinsmitgliedschaft zeigt sich für Migranten und Ausländer im Gegensatz zu Deutschen ein schwächerer Einfluss der Bildung auf das Partizipationsniveau. Für die aktive Beteiligung unabhängig der Mitgliedschaft konnten auch für Migranten und Ausländer Bildungseffekte nachgewiesen werden. Daher wird das Aktivitätsniveau von Migranten und Ausländern in dieser Studie vermutlich eher über- als unterschätzt. Die tatsächliche Beteiligung dürfte noch geringer ausfallen. Damit deuten die Daten der vorliegenden Studie darauf hin, dass das Ressourcenmodell, das häufig für die Erklärung politischer Partizipation herangezogen wird¹, für Migranten und Ausländer nur eingeschränkt gilt. Selbst eine gute Ressourcenausstattung in Form von Bildung führt nicht zu einer ähnlich hohen Partizipation von Deutschen, Migranten und Ausländern.

Gleichzeitig kann man feststellen, dass es zum Zeitpunkt der Befragung kein wirklich dominantes Problem gab, das die Bürger umtrieb. Die regelmäßigen Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer) legen nahe, dass es auch in den letzten Jahren kein großes Problem gab, über das sich die Bürger einig wären. Zum Zeitpunkt der Auswertung der vorliegenden Studie (Winter 2015) stellt sich die Lage etwas anders dar, da das Thema Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik derzeit ganz oben auf der Agenda steht. Im Politbarometer von Anfang November 2015 nannten 88 Prozent der Befragten den Bereich Flüchtlinge/Asyl/Ausländer als wichtigstes Thema². Insofern ist davon auszugehen, dass unsere Umfrage zum heutigen Zeitpunkt eine andere Agenda ergeben hätte als noch zu Beginn des Jahres 2015. Es ist allerdings durchaus denkbar, dass das Thema Flüchtlinge langfristig in der öffentlichen Wahrnehmung auch wieder an Bedeutung verlieren wird, wodurch es vermutlich wieder zu einer starken Heterogenität der Themen und Probleme kommen wird.

- 1| Vgl. z.B. Johann de Rijke, 2009, *Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues*, in: Hanna Kaspar et al. (Hrsg.), *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden.
- 2| *Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer November I 2015, KW 46.*

DIE AUTORIN

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

*Dr. Sabine Pokorny
Koordinatorin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 44
E-Mail: sabine.pokorny@kas.de*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de

